



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

Budgetbuch 2011

**Fachbereich 2
Jugend und Soziales**

Budgetbuch Fachbereich 2 Jugend und Soziales

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Haushaltssatzung	1 - 4
2. Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3. Produktplan	15
4. <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Fachbereich 2 – Jugend und Soziales	16 - 17
5. Teilbudget Jugend	
5.1 Planungsreport Jugend	19 - 25
5.2 <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Jugend	26 - 27
5.3 <i>Produktgruppe 200 Betreuung von Kindern</i>	
5.3.1 Produkt 100 Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege	28 - 30
5.3.2 Produkt 200 Kinder in der Offenen Ganztagschule	32 - 33
5.4 <i>Produktgruppe 210 Förderung von jungen Menschen und ihren Familien</i>	
5.4.1 Produkt 100 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz	34 - 36
5.4.2 Produkt 200 Förderung freier Träger der Jugendarbeit	38 - 39
5.5 <i>Produktgruppe 220 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien</i>	
5.5.1 Produkt 100 Hilfen zur Erziehung	40 - 42
5.5.2 Produkt 200 Vormundschaften und Beistandschaften	44 - 45
5.5.3 Produkt 300 Unterhaltsvorschuss	46 - 47
5.5.4 Produkt 400 Schulsozialarbeit	48 - 49

6.	Teilbudget Soziales		
6.1	Planungsreport Soziales		51 - 54
6.2	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u> Teilbudget Soziales		55 - 56
6.3	<i>Produktgruppe 230 Lebensunterhalt</i>		
6.3.1	Produkt 100	Hilfe zum Lebensunterhalt	58 - 59
6.3.2	Produkt 200	Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	60 - 61
6.3.3	Produkt 300	Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)	62 - 64
6.4	<i>Produktgruppe 240 Wohnen</i>		
6.4.1	Produkt 100	Wohngeld	66 - 67
6.4.2	Produkt 200	Unterbringung in Notunterkünften	68 - 70
6.5	<i>Produktgruppe 250 Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten</i>		
6.5.1	Produkt 100	Betreuungsstelle	72 - 73
6.5.2	Produkt 200	Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf	74 - 75
6.5.3	Produkt 300	Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege	76 - 77
6.5.4	Produkt 400	Ausländerangelegenheiten	78 - 79

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2009 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2009 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2009 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 1

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2009 (GV. NRW 2009, S. 950) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 24.02.2011 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	164.257.020 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	181.650.834 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	156.490.716 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	172.099.998 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	28.991.058 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	35.764.698 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2011 erforderlich ist, wird auf

10.000.000 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

18.197.800 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2011 wird auf

17.393.814 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2011 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **440 v.H.**
2. **Gewerbsteuer:**
auf **422 v.H.**

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem **Jahresabschluss**, der Umsetzung des **NKF** sowie finanzneutrale Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen, die bei Strukturänderungen der Verwaltung und im Bereich der Personalwirtschaft erforderlich werden. Unerheblich sind ebenso alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die aus **finanzstatistischen Gründen** für die finanzneutrale Änderung von Sachkonten erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendun-gen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfi-nanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk:	Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.
ku.-Vermerk:	Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Detmold, 24.02.2011



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.420.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006		7019006	Honorare Projekte
5422013		7422013	Mieten
5431152		7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen/ Dienstbezüge
5012199	7012199	Personalaufwand / -auszahlung 2010/2011
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL- Beiträge, Umlagen
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5391199	7391199	Sachaufwand / -auszahlung 2010/2011
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstücksservice

Unterhaltungsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5211922	7211922	Ferdinand-Brune-Haus
5211923	7211923	Wittekindstraße
5211924	7211924	Jugendzentrum Detmold West
5211931	7211931	KiTa Georg-Weerth
5211934	7211934	KiTa Jerxen-Orbke
5211936	7211936	KiTa Hiddeser Berg

Ferner wird im Rahmen des Konjunkturpaketes II das Sachkonto 5391900 / 7391900 „Weiterleitung von Zuschüssen aus dem Konjunkturpaket II an private Träger“ der Produkte 006.200.100 „Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege“ und 003.400.100 „Schulen“ zu einem Budget verbunden.

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen sowie Software ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 3, 7 und 8. Hier gilt Folgendes:

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen“, „Transport von Kranken“ und „Transport von Notfallpatienten“ gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 7 sind alle Aufträge und Auftragssachkonten eines Produktes / einer Leistung gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Haus- und Grundstücksservice“; „Kanalbau“, „Abwasserbeseitigung“ und „Gewässerbau“, alle Hochbaumaßnahmen im Bereich der Schulen (mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte) und Sportstätten sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen sowie der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Eine weitere Ausnahme bilden die investiven Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II, Investitionsschwerpunkt „Infrastruktur“. Hier sind alle Maßnahmen an Gebäuden des Produktes 001.500.100 (Haus- und Grundstücksservice) gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus sind alle investiven Schulbaumaßnahmen des Konjunkturpaketes II, Investitionsschwerpunkt, „Bildungsinfrastruktur“, im Produkt Schulen (003.400.100) gegenseitig deckungsfähig.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **nicht** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbsteuer	5341000 / 7341000 Gewerbsteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbsteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanzausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen / FAIR

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend und Soziales

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141019 / 6141019 Zuweisung des Landes – Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich -	5318061 / 7318061 Weitergabe von Landeszuschüssen -Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich- 5331002 / 7331002 Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.200.200: Kinder in der Offenen Ganztagschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141005 / 6141005 Zuweisung des Landes Projekt - zuverlässige Grundschule -	5318040 / 7318040 Aufwendungen Projekt - zuverlässige Grundschule -

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme	5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendemitteln
211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch die Hauptfürsorgestelle	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 4: Schule Bildung und Sport

Produkt 004.410.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.420.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148001 / 6148001 Spenden	

Produkt 004.430.100: Musikausbildung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden
6818000 Investitionszuwendungen übrige Bereiche (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle in Hiddesen	7851513 Auszahlungen für Hochbaumaßnahme - Friedhofskapelle Hiddesen - (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle in Hiddesen

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB	5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baum- schuttsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus und Marketing

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen – Straßentheaterfestival –	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen Indoor
4321215 / 6321215 Standgelder - Straßentheaterfestival	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 015.810.100: Tourismus

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4421000 / 6421000 Erträge aus Verkauf 4461009 / 6461009 Provisionen	5431025 / 7431025 Ankauf von Wanderkarten, Informati- onsmaterial u. ä.
4421006 / 6421006 Erlöse aus Anzeigenverkäufen	5431024 / 7431024 Prospektdruck und Tourismuswerbung
4461008 / 6461008 Einn. aus Buchungstätigkeiten, Reservie- rungssystem und Pauschalangebote	5431023 / 7431023 Ausg. durch Buchungstätigkeiten, Re- servierungssystem u. Pauschalangebote

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europ. Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften

Produktplan Fachbereich 02 Jugend und Soziales

Produktgruppe		Produkt	
200	Betreuung von Kindern	100	Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege
		200	Kinder in der Offenen Ganztagschule
210	Förderung von jungen Menschen und ihren Familien	100	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz
		200	Förderung freier Träger der Jugendarbeit
220	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	100	Hilfen zur Erziehung
		200	Vormundschaften und Beistandschaften
		300	Unterhaltsvorschuss
		400	Schulsozialarbeit
230	Lebensunterhalt	100	Hilfe zum Lebensunterhalt
		200	Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
		300	Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)
240	Wohnen	100	Wohngeld
		200	Unterbringung in Notunterkünften
250	Betreuung, Beratung und Ausländerangelegenheiten	100	Betreuungsstelle
		200	Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf
		300	Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege
		400	Ausländerangelegenheiten

Ziele

1. Die Stadt Detmold schafft und sichert kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen.
2. Die Stadt Detmold schafft und sichert soziale Gerechtigkeit für die in Detmold lebenden Menschen, fördert Teilhabe und wirkt Benachteiligungen entgegen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.142.942,08	8.350.113	8.885.133	8.321.828	8.321.828	8.321.828
+ Sonstige Transfererträge	1.794.828,06	4.327.214	2.978.341	2.181.420	1.540.620	1.314.620
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.462.627,31	2.569.578	2.780.385	2.792.400	2.844.848	2.897.345
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.775,78	3.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	516.969,59	521.532	587.304	587.304	587.304	587.304
+ Sonstige ordentliche Erträge	25,00	300	200	200	200	200
= Ordentliche Erträge	11.919.167,82	15.771.737	15.232.363	13.884.152	13.295.800	13.122.297
- Personalaufwendungen	5.630.118,00	6.168.133	6.376.279	6.435.465	6.483.570	6.548.663
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	572.450,38	378.263	334.670	256.980	256.980	256.980
- Bilanzielle Abschreibungen	131.639,50	53.835	52.065	48.654	48.654	48.654
- Transferaufwendungen	27.894.858,80	33.651.061	33.728.439	32.379.248	31.716.055	31.494.023
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	221.031,19	226.531	212.926	212.266	212.266	212.266
= Ordentliche Aufwendungen	34.450.097,87	40.477.823	40.704.379	39.332.613	38.717.525	38.560.586
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-22.530.930,05	-24.706.086	-25.472.016	-25.448.461	-25.421.725	-25.438.289
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.485.495,99	1.445.902	1.503.203	1.515.949	1.536.207	1.556.072
= Ergebnis	-24.016.426,04	-26.151.988	-26.975.219	-26.964.410	-26.957.932	-26.994.361

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.638.966,51	8.339.467	8.903.487	0	8.340.182	8.340.182	8.340.182
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.756.430,60	4.247.214	2.968.341	0	2.171.420	1.530.620	1.314.620
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.529.079,11	2.569.578	2.780.385	0	2.792.400	2.844.848	2.897.345
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.957,08	3.000	2.000	0	2.000	2.000	1.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	543.416,31	521.532	587.304	0	587.304	587.304	609.804
+ Sonstige Einzahlungen	25,00	300	200	0	200	200	200
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.470.874,61	15.681.091	15.241.717	0	13.893.506	13.305.154	13.163.151
- Personalauszahlungen	5.404.031,21	5.912.606	6.081.546	0	6.165.404	6.227.213	6.289.742
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	590.642,47	375.963	330.770	0	253.080	253.080	253.080
- Transferauszahlungen	28.356.304,97	34.901.111	34.494.572	0	33.023.298	32.291.298	32.017.298
- Sonstige Auszahlungen	237.890,22	236.031	514.333	0	221.266	221.266	220.266
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	34.588.868,87	41.425.711	41.421.221	0	39.663.048	38.992.857	38.780.386
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-22.117.994,26	-25.744.620	-26.179.504	0	-25.769.542	-25.687.703	-25.617.235
= Saldo des Teilfinanzplanes	-22.117.994,26	-25.744.620	-26.179.504	0	-25.769.542	-25.687.703	-25.617.235
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	18.713,08	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	18.713,08	0	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	30.113,83	65.200	82.300	0	32.300	32.300	32.300
= Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	30.113,83	65.200	82.300	0	32.300	32.300	32.300
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-11.400,75	-65.200	-82.300	0	-32.300	-32.300	-32.300
= Saldo des Teilfinanzplanes	- 22.129.395,01	-25.809.820	-26.261.804	0	-25.801.842	-25.720.003	-25.649.535

Planungsreport 2011

Fachbereich 2 Teilbudget Jugend

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Aufgaben des Jugendamtes der Stadt Detmold sind im Wesentlichen Pflichtaufgaben.

Die Planungen für das Jahr 2011 gehen davon aus, dass im Bereich Jugend des Fachbereiches 2, Jugend und Soziales, 114 Mitarbeiter/innen der insgesamt 141 Mitarbeiter/innen beschäftigt sind. 65 Mitarbeiter/innen des Jugendamtes arbeiten in Teilzeit, das sind rd. 57 %.

Die Leistungspalette des Bereiches Jugend ist in drei Produktgruppen mit insgesamt acht Produkten gegliedert. Die einzelnen Produkte sind z. T. in Leistungen unterteilt; die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Änderungen zu 2010 sind nicht erfolgt.

Kinder-, jugend- und familiengerechte Entwicklungs- und Lebensbedingungen schaffen und sichern ist eine wesentliche Zielsetzung der Stadt Detmold. Die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien ist durch eine lebensweltorientierte und innovative Jugendhilfe positiv zu gestalten. Dieses ergibt sich auch aus der Verpflichtung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und dem gesellschaftlichen Auftrag, nach dem junge Menschen und Familien bei Bedarf Anspruch auf die geeignete, im konkreten Fall individuell richtige Hilfe haben. Die Kompetenzen der Familien sollen gestärkt und entwickelt werden. Das Jugendamt, bestehend aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss, ist verpflichtet, Unterstützung mit hoher Fachlichkeit zu leisten.

Die Gesetzgeber auf Bundes- wie auf Landesebene haben in den letzten Jahren die rechtlichen Grundlagen in Teilbereichen der Jugendhilfe erheblich verändert. Dieses beeinflusst die Arbeit vor Ort und stellt sie vor neue Herausforderungen. Angesichts der fortdauernden politischen Diskussion sowohl im Bereich der Bundes- wie auch der Landespolitik kann davon ausgegangen werden, dass dieser Prozess fortgeführt wird.

Das am 01. Januar 2009 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz (KiFöG) bildet die bundesrechtliche Grundlage für den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Bis zum 01.08.2013 soll schrittweise ein Betreuungsangebot für ca. 35 % der unter 3-jährigen Kinder ausgebaut werden. 30 % der neuen Plätze sollen im Bereich der Tagespflege geschaffen werden. Ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 soll der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr eingeführt werden.

Ab dem 01. Oktober 2010 sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 24a Abs. 3 SGB VIII verpflichtet, mindestens ein Angebot vorzuhalten, das eine Förderung aller Kinder ermöglicht,

1. deren Erziehungsberechtigte
 - a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen,
 - b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
 - c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des SGB II erhalten;
lebt das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten;
2. deren Wohl ohne eine entsprechende Förderung nicht gewährleistet ist.

Der Bund beteiligt sich im Zeitraum 2008 bis 2013 an den Ausbaukosten, vorgesehen ist bisher ebenfalls eine Beteiligung an der Finanzierung der durch den Ausbau entstehenden zusätzlichen Betriebskosten.

Angesichts der Finanzsituation von Bund und Land, aber auch der Kommunen ist abzuwarten, ob und wie die Beteiligung am weiteren U3-Ausbau in NRW in dem Planungszeitraum 2011 bis 2013 regional gesteuert wird.

In dem Bericht zur Situation der Kindertagesbetreuung in Detmold für das Kindergartenjahr 2010/2011, Planung für das Kindergartenjahr 2011/2012 und planerische Eckdaten für den Zeitraum bis 2013 (Ds.Nr. Fb 2/754/2010) sind die Planungsgrundlagen dargestellt, die in diesem Budgetentwurf ihren monetären Niederschlag finden.

Im Kindergartenjahr 2010/2011 sind 100 Plätze für unter 3-jährige neu eingerichtet worden; in erster Linie durch die Schaffung von neuen Gruppen des Typs 2. Damit können in Detmold insgesamt 457 Plätze in Tageseinrichtungen für diese Altersgruppe angeboten werden. Unter Einbeziehung der 54 Plätze Kindertagespflege wird eine Versorgungsquote von 23,9 % erzielt.

Da aus heutiger Sicht die 35 % Versorgungsquote mit etwa 715 Plätzen erreicht werden, müssen für den Planungszeitraum bis 01.08.2013 noch ca. 200 Plätze neu geschaffen werden.

Während in den vergangenen Ausbaustufen vor allem im Bereich der Tageseinrichtung durch Umwandlung von Plätzen für 3-6-Jährige bzw. Einrichtung neuer Gruppen des Typs 2 Plätze geschaffen wurden, trägt die weitere Planung den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung. Die gestiegene Nachfrage nach Kindertagespflege und die Begrenzung im institutionellen Ausbau werden in die Planung einbezogen. Das Angebot von Tagespflegeplätzen soll von jetzt 54 auf 122 erhöht und damit eine Versorgungsquote von 6 % erreicht werden. Die vom Bund angestrebte höhere Quote (11,6 %) erscheint aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte nicht den Wünschen der Eltern zu entsprechen.

An erster Stelle muss bei diesem Umstrukturierungs- und Ausbauprozess jedoch die Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Tagesbetreuungsplatz für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht stehen. Die Nachfrage ist in den einzelnen Sozialräumen sehr unterschiedlich. In der Regel ist festzustellen, dass es zu einem Ausgleich zwischen den Sozialräumen kommt. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der von den Eltern geltend gemacht wird, bezieht sich auf das gesamte Zuständigkeitsgebiet des Jugendamtes, so dass den Eltern vom Jugendamt im Einzelfall auch ein vom Wohnort etwas entfernter Betreuungsplatz angeboten werden kann.

Im Bereich der Schulkinderbetreuung in der Primarstufe stehen zum Schuljahr 2010/2011 weitere 50 Plätze (je 1 Gruppe an der Kusselbergschule bzw. Bachschule) und damit insgesamt 1099 Plätze im Offenen Ganztags zur Verfügung. Im Vergleich mit den herkömmlichen Offenen Ganztagschulen bieten diese Grundschulen neben der Grundschule Hakedahl jeweils eine komplette Klasse eines Jahrgangs als Ganztagsklasse an. Das bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse für dieses Modell angemeldet werden müssen. Es ist eine qualitative Weiterentwicklung des bisherigen Offenen Ganztags. Darüber hinaus bietet die Villa am Hügel mit ihrem Hort 34 Plätze, von denen 14 für Kinder mit besonderem Förderbedarf vorgehalten werden. Die bestehende vertragliche Regelung gilt bis zum 31.07.2011. Die bisherigen Erfahrungen sind auszuwerten und unter Einbeziehung der zukünftigen Landesfinanzierung sollte eine konzeptionelle Weiterentwicklung und finanzielle Anpassung erfolgen. Ein Bedarf für ein Angebot mit dieser Ausrichtung wie es die Villa am Hügel vorhält, dürfte auch in der Folgezeit bestehen. Die Versorgungsquote für die Grundschul Kinder beträgt damit 36,7 %, das nächste Schuljahr weist ebenfalls eine Quote von 36,7 % auf.

Die finanziellen Auswirkungen der oben beschriebenen Planungen und Beschlüsse sind in 2011 im Budget deutlich ablesbar. Einer erhöhten Landeszuweisung stehen höhere Betriebskostenzuschüsse für Tageseinrichtungen sowie höhere Transferaufwendungen für Kindertagespflege und damit eine höhere Beteiligung des Jugendamtes an der Finanzierung der Kinderbetreuung gegenüber. Die Investitionszuschüsse für den Ausbau der Plätze für unter 3-Jährige waren in 2010, in dem 100 neue Plätze geschaffen wurden, aufgrund der vorliegenden Planung höher als in den Folgejahren. Bis zur Erreichung der 35 % Versorgungsquote nimmt die Ausbaukurve in den Jahren 2011 bis 2013 einen flacheren Verlauf mit den entsprechenden geringeren Investitionszuschüssen.

Finanzielle Auswirkungen hat dieses Ausbauprogramm auch im Bereich der Personalkosten des Jugendamtes in Bezug auf die städtischen Tageseinrichtungen für Kinder und die personelle Ausstattung der Fachstelle zur Vermittlung von Tagespflege.

Trotz enorm angespannter Finanzlage ist bisher sowohl am Ausbau der Kinderbetreuung als auch an den in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen des Rates, mit denen weitere familien-, sozial- und bildungspolitische Akzente für die Menschen in Detmold gesetzt wurden, festgehalten worden. Die entsprechenden Programme sind mit ihren finanziellen Auswirkungen in den Budgetentwurf 2011 eingearbeitet worden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Jugendamtes sind die Hilfen zur Erziehung und die Umsetzung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung. In diesen Bereichen ist es in den letzten Jahren zu gravierenden gesetzlichen Neuerungen gekommen. Die Umsetzung und die Arbeit auf dieser neuen gesetzlichen Grundlage stellen eine große Herausforderung für die Mitarbeiter/innen dieses Arbeitsbereiches dar und haben Grenzen der Personalkapazitäten aufgezeigt. Bei der Entwicklung der Fallzahlen der Leistung Familiensozialarbeit wird für das Jahr 2011 im Wesentlichen von einer Stabilisierung auf dem Niveau von 2010 ausgegangen. Obwohl in den vergangenen Jahren in Detmold der Auf- und Ausbau eines präventiven Netzwerkes forciert wurde, ist dieses anhand von bestehenden gut funktionierenden Modellen anderer Städte zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Für den Bereich der flexiblen ambulanten Hilfen sind ebenso wie für Reintegrations- bzw. Verselbstständigungsmaßnahmen von stationär untergebrachten Kindern und Jugendlichen in ausgewählten Fällen ergänzende Maßnahmen zu prüfen und zu entwickeln.

Aufgrund der Entwicklung der Fallzahlen in den letzten zwei Jahren bei der Leistung Pflegefamilien wird davon ausgegangen, dass in 2011 ein weiterer Anstieg zu verzeichnen ist. Eine konzeptionelle Weiterentwicklung dieses Bereiches (Akquise und Qualifizierung von Pflegepersonen u. a.) soll erfolgen. Die Erfahrungen aus anderen Städten haben gezeigt, dass der Ausbau des Pflegekinderdienstes aber auch an seine Grenzen stößt. Dieses Spannungsfeld ist in Detmold neu auszuloten.

Der Bereich Vormundschaften im Jugendamt ist neu zu organisieren, d. h. zusammen zu fassen zu einem Bereich, in dem alle Vormundschaften geführt werden. Auf Bundesebene ist z. Zt. das Gesetz zur Änderung des Vormundschaftsrechtes in der Beratung. Eine Verabschiedung in der jetzt diskutierten Form würde erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsweise und personelle Ausstattung des Jugendamtes haben.

Für die oben aufgezeigten konzeptionellen Weiterentwicklungen und Umsetzungen ist eine ausreichende Personalisierung der entsprechenden Bereiche erforderlich. Dieses ist im Personalaufwand des Jugendamtes abgebildet.

Kindeswohlgefährdungen treten immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Adäquates Agieren und Reagieren sowohl präventiv wie auch bei ersten Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung stellen hohe Anforderungen an die Fachlichkeit der Mitarbeiter/innen des Jugendamtes. Hinzu kommt eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung der Arbeit mit den freien Trägern und den Schulen.

Die Umsetzung der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen in die Praxis des Jugendamtes ist erfolgt. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist rechtlich beauftragt, bei versäumten Untersuchungen tätig zu werden und in eigener Zuständigkeit zu prüfen "ob gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes vorliegen". Dieser Arbeitsbereich ist organisatorisch und personell verbunden mit der eingerichteten Stelle „Frühe Hilfen für Familien“. Prävention steht hier im Mittelpunkt mit einem Angebot, das die Leistungen der Jugendhilfe mit denen des Gesundheitsbereiches verbindet, die Selbsthilfekompetenz der Familien stärkt und die Gesundheitsförderung für Mutter und Kind im 1. Lebensjahr verbessert.

Sowohl die monetären als auch die personell erbrachten Leistungen des Jugendamtes im Bereich Prävention, Vernetzung, Hilfen zur Erziehung und Kindeswohl haben in den letzten Jahren eine steigende Tendenz aufgewiesen. Bei den geplanten und oben skizzierten Weiterentwicklungen in der Angebotspa-

lette sollte im Blick sein, dass gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und deren Auswirkungen in den Detmolder Familien nur bedingt gegengesteuert werden kann. Ein Gegensteuern auf kommunaler Ebene ist jedoch dringend erforderlich, nicht nur als Pflichtaufgabe, sondern auch aus dem Selbstverständnis einer sozialen Stadtgesellschaft.

Gemäß gesetzlichem Auftrag ist der Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2010 bis 2014 für Detmold fortgeschrieben und von den politischen Gremien verabschiedet worden. Darin wurden die Ansätze für die Umsetzung der im Plan festgestellten Handlungsbedarfe sowie für die Schaffung niederschwelliger Angebote neu bestimmt. Basierend auf den Erfahrungswerten der letzten Jahre stehen hierfür 25.000 bzw. 10.000 Euro, insgesamt also 35.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Das aus dem ersten Kinder- und Jugendförderplan entwickelte Projekt Jungenarbeit, ist seit dem 01.09.2009 im Rahmen der offenen Jugendarbeit installiert. Es ist auf zwei Jahre angelegt. Über die gemachten Erfahrungen erfolgte im Jugendhilfeausschuss eine Berichterstattung. Im Zuge der Budgetberatungen - unter Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses - wurde die unbefristete Fortsetzung beschlossen.

Ergänzend zu den oben skizzierten Arbeitsbereichen des Jugendamtes ist die Projekt- und Zielgruppenarbeit weiterzuführen und weiterzuentwickeln.

Aufgrund personeller Erfordernisse in anderen Bereichen konnte die Arbeit mit dem lokalen Bündnis für Familien nicht wie gewünscht weitergeführt werden. Im Blickfeld ist es jedoch weiterhin. Das gemeinsame Ziel sollte dabei weiter das verbindende Glied der Arbeit sein: die Lebensbedingungen für Familien vor Ort zu verbessern.

Des Weiteren sind die Leistungen des Jugendamtes u. a. in nachstehenden Kooperationsprojekten gebündelt:

- Streetwork - Betreuung der örtlichen Jugendarbeit; Betreuung der einzelnen Jugendgruppen in verschiedenen Ortsteilen sowie der situationsbezogenen und kurzfristig anzutreffenden Jugendgruppen. Der dieser Arbeit zugrunde liegende Vertrag mit dem Deutschen Kinderschutzbund in Detmold endet ebenso wie der Vertrag mit der Drogenberatung e. V. in Lippe zum 31.12.2011. In 2011 sind Verhandlungen und Entscheidungen zur Weiterführung dieser Arbeit zu führen bzw. zu treffen.
- Polizei – u. a. sozialer Trainingskurs für Jugendliche, Konzept Mehrfachtäter
- Ortsteile – Unterstützung der Arbeit der Sozialraumarbeitsgemeinschaft (Im Rahmen der Budgetberatungen wurde der Ansatz halbiert.).

Wie in den zurückliegenden Jahren beinhaltet auch dieser Budgetentwurf in Zeiten knapper Ressourcen den Erhalt und z. T. Ausbau des erreichten fachlichen Standards der Detmolder Jugendhilfe.

Neben der Arbeit vor Ort müssen jedoch ebenfalls die aktuellen Diskussionen und Gesetzgebungsverfahren im Land und im Bund im Blick sein. Die Auswirkungen neuer Gesetzgebung auf das Dienstleistungsangebot und die Arbeit des Jugendamtes sind zu analysieren und in der Aufgabenstellung sowie bei der Qualifizierung der Mitarbeiter/innen zu berücksichtigen.

II. Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2009 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2009 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2009 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in ein-

zelen Bereichen ergeben können. Es können sich noch Änderungen bei der Einordnung „Unterhaltung oder Investitionen“ ergeben. Die ausgewiesenen Beträge bei den Abschreibungen auf Anlagevermögen und der Auflösung von Sonderposten für die in der Vergangenheit geflossenen Zuwendungen und Beiträge entsprechen vorerst den Planansätzen 2009 bzw. den Aktualisierungen aus dem 4. Quartalsbericht. Noch nicht enthalten sind u. a. Zuführungen und Entnahmen aus Instandhaltungs- und sonstigen Rückstellungen, die Abrechnungen der Gebührenhaushalte und Forderungsvereinigungen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.817.133 Euro
Differenz zu 2010: + 527.020 Euro	
Hier ist der größte Teil der Zuweisungen des Landes subsumiert (Kindertageseinrichtungen und -tagespflege, Offene Ganztagschule, Sprachförderung, Jugendzentren). Die finanzielle Abwicklung des Konjunkturpaketes II ist zu einem großen Teil nach 2011 verschoben worden.	
Sonstige Transfererträge	2.852.721 Euro
Differenz zu 2010: - 1.355.063 Euro	
Einnahmen Unterhaltsvorschuss, Erstattungen zu Hilfen zur Erziehung, Zuweisungen Land zu Investitionen; Die Senkung liegt in den Zuweisungen des Landes für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Nach 2010 flacht der Ausbau ab. Die Landeszuweisungen und der Investitionsaufwand reduzieren sich entsprechend.	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.570.000 Euro
Differenz zu 2010: + 323.750 Euro	
Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen und Offene Ganztagschulen; Das Rechnungsergebnis 2009 und die Einschätzungen in 2010 ergeben einen höheren Planansatz für 2011.	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.000 Euro
Differenz zu 2010: - 2.000 Euro	
Vermietungen städtische Einrichtungen	
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	579.304 Euro
Differenz zu 2010: + 68.772 Euro	
Erstattungen Land für Unterhaltsvorschuss, Einnahmen durch Veranstaltungen und Ferienspiele der Jugendzentren, Jugendschutzprojekte, Elternanteil zur Beförderung und Verpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen; Die Einschätzungen in 2010 ergeben einen höheren Planansatz für 2011; vor allem durch Kostenerstattungen des Landes zu Unterhaltsvorschuss.	
Ordentliche Erträge insgesamt	14.820.158 Euro
Differenz zu 2010: - 437.521 Euro	

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen	4.960.087 Euro
----------------------	----------------

Differenz zu 2010: + 258.739 Euro

Die Steigerung basiert überwiegend auf der Fortführung der Umsetzung des Personalkonzeptes für die Sozialarbeit im KSD und Pflegekinderdienst und für das entsprechende Rechnungswesen in der wirtschaftlichen Jugendhilfe im Produkt Hilfen zur Erziehung. Im Produkt Vormundschaften und Beistandschaften sind ab 2011 Stellenanteile für die Aufgaben der gesetzlichen Vormundschaften und Pflegschaften geplant. Außerdem hat der Ausbau der U3-Betreuungsplätze in den städtischen Kindergärten und in der Tagespflege Auswirkungen auf personelle Ausstattung und Aufwand (Produkt Kinder in und außerhalb von Tageseinrichtungen und in Tagespflege).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 191.635 Euro

Differenz zu 2010: + 12.524 Euro

Z.B. Bewirtschaftungsaufgaben, Grundstücksunterhaltungen und Verpflegungsausgaben in städtischen Einrichtungen sowie die Förderung der Mittagessen. Die Differenz ergibt sich im Wesentlichen aus dem Ansatz von 23.000 Euro für Evaluation in den Offenen Ganztagschulen

Bilanzielle Abschreibungen 40.670 Euro

Differenz zu 2010: - 1.324 Euro

Werteverzehr für Inventar und Geräte in 2011

Transferaufwendungen 32.957.303 Euro

Differenz zu 2010: + 143.089 Euro

Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen, Aufwand Hilfen zur Erziehung, Zuschüsse zu Offenen Ganztagschulen, Betreuung außerhalb Tageseinrichtungen, Unterhaltsvorschuss, finanzielle Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger, Investitionszuschüsse Jugendeinrichtungen und zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren; Die Aufwendungen im Rahmen der Betriebskostenzuschüsse steigen in 2011, trotzdem kommt es gegenüber 2010 zu einer Reduzierung. Wie unter sonstige Transfererträge erläutert, flacht der Ausbau der U3-Betreuungsplätze ab. Der Investitionsaufwand reduziert sich hier entsprechend. Wie unter Zuwendungen und allgemeine Umlagen erläutert, schlägt auch hier die finanzielle Abwicklung des Konjunkturpaketes II zu Buche.

Sonstige ordentliche Aufwendungen 168.801 Euro

Differenz zu 2010: - 2.659 Euro

Jugendförderplan, Sachausgaben städtische Einrichtungen (z.B. Veranstaltungen, Spielsachen, Gebrauchs- und Verbrauchsmaterial, Versicherungen); leichte Senkung gegenüber 2010

Ordentliche Aufwendungen insgesamt 38.318.496 Euro

Differenz zu 2010: + 410.369 Euro

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen 1.111.452 Euro

Differenz zu 2010: + 47.369 Euro

Gegenüber dem Vorjahr gibt es Steigerungen; vor allem Gebäudemanagement und IT-Service.

Ergebnis - 24.609.790 Euro

Differenz zu 2010: + 895.259 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Personalauszahlungen 4.757.889 Euro

Die Auszahlungen sind um 202.198 Euro geringer als die Aufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) und Altersteilzeit nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 189.135 Euro

Die Auszahlungen sind insgesamt um 2.500 Euro geringer als die Aufwendungen. Ersatzbeschaffungen für kleinere Ausstattungsgegenstände werden über Festwert als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht. Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen.

Transferauszahlungen 33.545.561 Euro

Die Auszahlungen sind insgesamt um 588.258 Euro höher als die Aufwendungen im Teilergebnisplan. Die finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Verträgen und die Bezahlung der Rechnungen, die das Vorjahr betreffen und erst in 2011 eingehen, sind in die Transferauszahlungen 2011 eingeplant.

Sonstige Auszahlungen 185.208 Euro

Die Abwicklung der Anschaffungen über Spenden laufen unterjährig über Abgrenzungsposten, so dass im Teilergebnisplan kein Ansatz für Aufwendungen eingeplant wird. Auf dem Auszahlungskonto im Teilfinanzplan muss aber für Auszahlungen ein Ansatz vorhanden sein; für 2011 rd. 9.000 Euro.

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen in Höhe von 1.111.452 Euro und die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 40.670 Euro sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder, den Jugendzentren und dem Verwaltungsbereich sind in 2011 Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 71.500 Euro geplant. Die Tageseinrichtung Mosebeck soll ein Außenspielgerät und eine neue Küche erhalten. Das Außengelände der Tageseinrichtung Hiddeser Berg soll neu gestaltet werden, wofür auch Spendenmittel eingesetzt werden. Außerdem ist ein geringer Betrag für die Anschaffung von Büroinventar vorgesehen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.080.575,74	8.290.113	8.817.133	8.253.828	8.253.828	8.253.828
+ Sonstige Transfererträge	1.649.411,56	4.207.784	2.852.721	2.055.800	1.415.000	1.189.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.200.374,13	2.246.250	2.570.000	2.620.000	2.670.000	2.720.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.775,78	3.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	511.248,16	510.532	579.304	579.304	579.304	579.304
= Ordentliche Erträge	11.443.385,37	15.257.679	14.820.158	13.509.932	12.919.132	12.743.132
- Personalaufwendungen	4.248.061,92	4.701.348	4.960.087	5.005.113	5.038.917	5.089.566
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	216.121,39	179.111	191.635	168.635	168.635	168.635
- Bilanzielle Abschreibungen	61.125,93	41.994	40.670	37.259	37.259	37.259
- Transferaufwendungen	26.969.100,45	32.814.214	32.957.303	31.608.112	30.876.112	30.599.112
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	166.729,30	171.460	168.801	168.801	168.801	168.801
= Ordentliche Aufwendungen	31.661.138,99	37.908.127	38.318.496	36.987.920	36.289.724	36.063.373
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-20.217.753,62	-22.650.448	-23.498.338	-23.477.988	-23.370.592	-23.320.241
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.076.657,01	1.064.083	1.111.452	1.123.077	1.138.762	1.154.282
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.076.657,01	-1.064.083	-1.111.452	-1.123.077	-1.138.762	-1.154.282
= Ergebnis	-21.294.410,63	-23.714.531	-24.609.790	-24.601.065	-24.509.354	-24.474.523

Teilfinanzplan Einzahlungs- und Auszahlungsarten	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.576.355,28	8.279.467	8.810.487	0	8.247.182	8.247.182	8.247.182
+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.615.144,62	4.127.784	2.842.721	0	2.045.800	1.405.000	1.189.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.258.534,11	2.246.250	2.570.000	0	2.620.000	2.670.000	2.720.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.957,08	3.000	2.000	0	2.000	2.000	1.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	536.511,31	510.532	579.304	0	579.304	579.304	601.804
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	11.989.502,40	15.167.033	14.804.512	0	13.494.286	12.903.486	12.758.986
- Personalauszahlungen	4.147.812,59	4.578.739	4.757.889	0	4.835.933	4.884.452	4.933.556
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	206.742,72	177.611	189.135	0	166.135	166.135	166.135
- Transferauszahlungen	27.285.495,82	33.938.889	33.545.561	0	32.073.787	31.341.787	31.067.787
- Sonstige Auszahlungen	183.980,49	180.960	185.208	0	177.801	177.801	176.801
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	31.824.031,62	38.876.199	38.677.793	0	37.253.656	36.570.175	36.344.279
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-19.834.529,22	-23.709.166	-23.873.281	0	-23.759.370	-23.666.689	-23.585.293
= Saldo des Teilfinanzplanes	-19.834.529,22	-23.709.166	-23.873.281	0	-23.759.370	-23.666.689	-23.585.293
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	18.713,08	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	18.713,08	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	28.817,66	53.000	71.500	0	21.500	21.500	21.500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	28.817,66	53.000	71.500	0	21.500	21.500	21.500

Teilfinanzplan Einzahlungs- und Auszahlungsarten	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.104,58	-53.000	-71.500	0	-21.500	-21.500	-21.500
= Saldo des Teilfinanzplanes1	-19.844.633,80	-23.762.166	-23.944.781	0	-23.780.870	-23.688.189	-23.606.793

Kurzbeschreibung

Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern in städtischen Tageseinrichtungen, Förderung der Tagespflege und der Betreuungseinrichtungen freier Träger; Beratung von Personensorgeberechtigten und Tagespflegepersonen; Gewährung der Betriebskostenzuschüsse an Tageseinrichtungen für Kinder

Ziele

- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch bedürfnisorientierte Sicherung von Betreuungsplätzen
- Förderung der Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder in einer Gruppe unter Berücksichtigung individueller Faktoren zur Persönlichkeitsentwicklung
- Vermittlung von sozialer und emotionaler Kompetenz
- Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und den Eltern
- Gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder

Auftragsgrundlage

KJHG, KiBiz, DVO-KiBiz, Vereinbarung über die Eignungsvoraussetzungen der in Tageseinrichtungen für Kinder tätigen Kräfte in NRW, Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der gemeinsamen Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder vom 19.12.2008, Kindergartenbedarfsplan, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung der Spielgruppen ab 2006, Richtlinien der Stadt Detmold zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege ab 2009

Zielgruppe

Kinder bis zum Beginn der Schulpflicht, ihre Eltern und gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	49,00	50,10	51,41	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
betreute Kinder in Einrichtungen unter 3 Jahre	Anz.	382	477	548	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen von 3 - 6 Jahre (Schulpflicht, inkl. Tagesstättenplätze)	Anz.	2.112	2.117	2.081	0	0	0
betreute Kinder in heilpädagogischen Einrichtungen	Anz.	62	62	60	0	0	0
betreute Kinder in Einrichtungen mit gemeinsamer Erziehung	Anz.	40	61	70	0	0	0
betreute Kinder außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	Anz.	126	188	148	0	0	0
betreute Kinder in der Tagespflege	Anz.	68	88	100	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind außerhalb von Tageseinrichtungen (Spielgruppen)	€	811	725	572	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in der Tagespflege	€	2.892	2.269	4.213	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind in Tageseinrichtungen	€	6.752	8.239	8.039	-	-	-
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge in den Tageseinrichtungen	%	12,2	11,3	11,8	-	-	-
Versorgungsquote unter 3 Jahre	%	18	25	30	-	-	-
Versorgungsquote 3 - 6 Jahre (bis zum Beginn der Schulpflicht)	%	91	93	93	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.074.737,54	7.265.113	7.746.473	7.183.168	7.183.168	7.183.168
+ Sonstige Transfererträge	654.921,45	3.252.784	1.735.221	938.300	297.500	71.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.939.354,39	2.000.000	2.250.000	2.300.000	2.350.000	2.400.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600,00	1.000	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.533,85	44.400	42.100	42.100	42.100	42.100
= Ordentliche Erträge	8.708.147,23	12.563.297	11.773.794	10.463.568	9.872.768	9.696.768
- Personalaufwendungen	2.294.428,11	2.546.769	2.584.946	2.592.529	2.615.222	2.641.475
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	207.140,12	161.390	160.255	160.255	160.255	160.255
- Bilanzielle Abschreibungen	32.510,66	31.757	30.219	27.933	27.933	27.933
- Transferaufwendungen	14.854.293,29	20.101.786	19.955.963	18.519.272	17.787.272	17.510.272
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	51.740,39	52.709	50.350	50.350	50.350	50.350
= Ordentliche Aufwendungen	17.440.112,57	22.894.411	22.781.733	21.350.339	20.641.032	20.390.285
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-8.731.965,34	-10.331.114	-11.007.939	-10.886.771	-10.768.264	-10.693.517
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	471.640,80	473.915	470.454	477.045	484.741	492.433
= Ergebnis	-9.203.606,14	-10.805.029	-11.478.393	-11.363.816	-11.253.005	-11.185.950

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.570.197,08	7.254.467	7.739.827	0	7.176.522	7.176.522	7.176.522
+ Sonstige Transfereinzahlungen	593.199,26	3.242.784	1.735.221	0	938.300	297.500	71.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.011.012,68	2.000.000	2.250.000	0	2.300.000	2.350.000	2.400.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	725,30	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	39.845,85	44.400	42.100	0	42.100	42.100	42.100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.214.980,17	12.542.651	11.768.148	0	10.457.922	9.867.122	9.690.122
- Personalauszahlungen	2.261.475,99	2.519.892	2.563.691	0	2.589.329	2.615.222	2.641.475
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	201.679,02	160.590	160.255	0	160.255	160.255	160.255
- Transferauszahlungen	14.685.194,86	20.156.786	19.988.046	0	18.519.272	17.787.272	17.510.272
- Sonstige Auszahlungen	59.841,08	60.709	64.460	0	58.350	58.350	58.350
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.208.190,95	22.897.977	22.776.452	0	21.327.206	20.621.099	20.370.352
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-7.993.210,78	-10.355.326	-11.008.304	0	-10.869.284	-10.753.977	-10.680.230
= Saldo des Teilfinanzplanes	-7.993.210,78	-10.355.326	-11.008.304	0	-10.869.284	-10.753.977	-10.680.230
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	18.713,08	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	18.713,08	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	21.639,31	35.500	61.200	0	11.200	11.200	11.200

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	21.639,31	35.500	61.200	0	11.200	11.200	11.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.926,23	-35.500	-61.200	0	-11.200	-11.200	-11.200
= Saldo des Teilfinanzplanes	-7.996.137,01	-10.390.826	-11.069.504	0	-10.880.484	-10.765.177	-10.691.430

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	18,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	94,8	0,0	21,6	35,5	61,2	0,0	11,2	11,2	11,2
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-94,8	0,0	-2,9	-35,5	-61,2	0,0	-11,2	-11,2	-11,2
Saldo Investitionstätigkeit	-94,8	0,0	-2,9	-35,5	-61,2	0,0	-11,2	-11,2	-11,2

Erläuterungen

Die ordentlichen Erträge für das Jahr 2011 sind niedriger als im Vorjahr. Trotz der höheren Landeszuweisungen für die Kindertageseinrichtungen kommt es zu Reduzierungen. Die finanziellen Abwicklungen für den Ausbau für Betreuungsplätze unter 3 Jahren verringern sich ab 2011 (sonstige Transfererträge). Die Zuweisungen für das Konjunkturpaket II laufen nur in 2010 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Die Anmeldung für Elternbeiträge beruht auf Grundlage der Prognose 2010 (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte).

Die Transferaufwendungen 2011 enthalten einmal die Reduzierungen der Ausgaben für den Ausbau der Betreuungsplätze unter 3 Jahren und Konjunkturpaket II und andermal die Steigerungen der Zuschüsse für die Tageseinrichtungen und Tagespflege.

Der Ansatz für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens ist mit rd. 40.000 Euro geplant. Es ist vorgesehen, in 2011 ein Außenspielgerät für den Kindergarten Mosebeck anzuschaffen und das Außengelände der Kita Hiddeser Berg neu zu gestalten. Hierfür sollen auch Spendenmittel eingesetzt werden.

Im Gegensatz zur Kindergartenbedarfsplanung handelt es sich im Bereich der Leistungen um Kalenderjahreswerte.

In der Tagespflege ist geplant, die Plätze zu erhöhen; entsprechend steigen auch Anzahl der betreuten Kinder und der durchschnittliche Betriebsaufwand.

Kurzbeschreibung

Ganzheitlicher Förderauftrag in einem Dreiklang von Erziehung, Bildung und Betreuung, Kooperation von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und außerschulischen Partnern, Durchführen vielfältiger Förderkurse, Sport-, Kultur- und Freizeitangebote

Ziele

- Verknüpfen der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufträge von Schule und Kinder- und Jugendhilfe
- Ausbau der sozialen Kompetenzen der Grundschulkinder
- Zusammenbringen unterschiedlicher Professionen und Know-hows
- Stärken der Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Aufrechterhalten der Qualitätsstandards
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kein Ausgrenzen sozialschwacher Familien
- Berücksichtigung der besonderen Stellung der Träger der freien Jugendhilfe
- Zur Verfügung stellen von Plätzen für mindestens 35 % der Schulkinder im Primarbereich

Auftragsgrundlage

Erlass vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW vom 12.02.2003; Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder des Primarbereiches, ihre Eltern oder gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	1,27	1,27	1,18	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
betreute Kinder	Anz.	1.040	1.049	1.099	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	%	13,59	11,28	13,85	13,85	13,85	13,85
Zuschuss je Kind	€	1.846	2.081	2.102	-	-	-
Versorgungsquote	%	36,5	35,0	36,7	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	911.220,00	955.000	1.000.660	1.000.660	1.000.660	1.000.660
+ Sonstige Transfererträge	5.000,00	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	261.019,74	246.250	320.000	320.000	320.000	320.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.133,00	0	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	1.178.372,74	1.201.250	1.320.660	1.320.660	1.320.660	1.320.660
- Personalaufwendungen	60.307,68	63.773	63.468	64.103	64.744	65.391
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	10.170	23.000	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	5.465,81	236	247	247	247	247
- Transferaufwendungen	1.998.242,08	2.261.000	2.388.000	2.388.000	2.388.000	2.388.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	374,08	551	536	536	536	536
= Ordentliche Aufwendungen	2.064.389,65	2.335.730	2.475.251	2.452.886	2.453.527	2.454.174

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-886.016,91	-1.134.480	-1.154.591	-1.132.226	-1.132.867	-1.133.514
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	200.355,65	192.775	186.464	188.263	190.155	192.062
= Ergebnis	-1.086.372,56	-1.327.255	-1.341.055	-1.320.489	-1.323.022	-1.325.576

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	911.220,00	955.000	1.000.660	0	1.000.660	1.000.660	1.000.660
+ Sonstige Transfereinzahlungen	28.331,77	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	247.521,43	246.250	320.000	0	320.000	320.000	320.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.364,72	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.189.437,92	1.201.250	1.320.660	0	1.320.660	1.320.660	1.320.660
- Personalauszahlungen	60.307,68	63.773	63.468	0	64.103	64.744	65.391
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	10.070	23.000	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	2.020.306,84	2.261.000	2.388.000	0	2.388.000	2.388.000	2.388.000
- Sonstige Auszahlungen	374,08	551	536	0	536	536	536
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.080.988,60	2.335.394	2.475.004	0	2.452.639	2.453.280	2.453.927
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-891.550,68	-1.134.144	-1.154.344	0	-1.131.979	-1.132.620	-1.133.267
= Saldo des Teilfinanzplanes	-891.550,68	-1.134.144	-1.154.344	0	-1.131.979	-1.132.620	-1.133.267
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	12,79	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12,79	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-12,79	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-891.563,47	-1.134.644	-1.154.744	0	-1.132.379	-1.133.020	-1.133.667

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,0	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Zum Schuljahr 2010 / 2011 wurde in den Offenen Ganztagschulen Bachschule und Kusselbergschule jeweils eine Gruppe mehr eingerichtet. Insgesamt stehen damit 45 Gruppen mit 1099 Betreuungsplätzen zur Verfügung. Es wird davon ausgegangen, dass eine Versorgungsquote von 36,7 % erreicht wird. In der Villa am Hügel sind zusätzlich 34 Hortplätze vorhanden.

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung gesetzlicher und erzieherischer Aufgaben, Angebote von präventiven Maßnahmen, Koordinierung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit;

Freizeit- und Bildungsangebote innerhalb und außerhalb der jeweiligen Einrichtung, die unter Berücksichtigung der Sozialstruktur des Einzugsbereiches an den verschiedenen Interessen und Lebenslagen von jungen Menschen anknüpfen und ihre Entwicklung fördern

Ziele

- Junge Menschen sind informiert über gefährdende Einflüsse, Stoffe und Handlungen und können sich entsprechend schützen.
- Eltern und Multiplikatoren sind sensibilisiert für kinder- und jugendgefährdende Einflüsse.
- Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Detmold im Sinn des KJHG sind effizient koordiniert.
- Förderung von jungen Menschen in ihrer individuellen, sozialen und kulturellen Entwicklung unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse
- Förderung der Partizipation
- Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen
- Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligung
- Nutzung von Synergieeffekten durch enge Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, vor allem Schulen

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz, besonders §§ 11, 14 KJHG, Jugendschutzgesetz (JuSchG) und andere Schutzvorschriften, Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene bis 27 Jahre, örtliche Vereine und Verbände, Schulklassen, Kindergärten, Eltern, neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, Multiplikatoren

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	8,41	8,48	8,33	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durch Projekte erreichte Kinder und Jugendliche von 6-17 Jahren im Jugendschutz	Anz.	1.201	950	950	-	-	-
Besucher im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	46	60	60	0	0	0
Besucherinnen im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	22	30	30	0	0	0
Teilnehmer an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	24	25	25	0	0	0
Teilnehmerinnen an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West / Woche	Anz.	27	25	25	0	0	0
Besucher im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	50	60	60	0	0	0
Besucherinnen im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	22	30	30	0	0	0
Teilnehmer an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	56	50	50	0	0	0

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Teilnehmerinnen an Angeboten im Kinder- und Jugendtreff Domizil / Woche	Anz.	88	70	70	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Besucher/in in den Jugendzentren	€	78	64	62	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind und Jugendliche/r im Jugendschutz	€	113	148	127	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Jugendzentrum Detmold-West	%	32,5	33,3	33,3	-	-	-
Anteil der Mädchen an Besucherzahl im offenen Bereich im Domizil	%	30,7	33,3	33,3	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Jugendzentrum Detmold-West	%	53,4	50,0	50,0	-	-	-
Anteil der Mädchen an Teilnehmerzahl an Angeboten im Domizil	%	61,3	58,3	58,3	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	94.618,20	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.175,78	2.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.531,63	17.100	14.200	14.200	14.200	14.200
= Ordentliche Erträge	108.325,61	89.100	85.200	85.200	85.200	85.200
- Personalaufwendungen	395.512,16	428.588	428.342	459.723	460.639	464.795
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.402,31	6.388	4.880	4.880	4.880	4.880
- Bilanzielle Abschreibungen	5.298,00	7.381	7.518	6.393	6.393	6.393
- Transferaufwendungen	35.784,01	23.100	13.700	13.700	13.700	13.700
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	91.657,30	99.989	98.097	98.097	98.097	98.097
= Ordentliche Aufwendungen	533.653,78	565.446	552.537	582.793	583.709	587.865
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-425.328,17	-476.346	-467.337	-497.593	-498.509	-502.665
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	143.333,36	143.239	139.263	141.477	143.926	146.391
= Ergebnis	-568.661,53	-619.585	-606.600	-639.070	-642.435	-649.056

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	94.938,20	70.000	70.000	0	70.000	70.000	70.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.231,78	2.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	12.391,63	17.100	14.200	0	14.200	14.200	36.700
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	109.561,61	89.100	85.200	0	85.200	85.200	107.700
- Personalauszahlungen	386.435,95	415.168	406.265	0	440.179	444.131	448.122
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.378,33	6.188	4.880	0	4.880	4.880	4.880
- Transferauszahlungen	195.870,43	191.775	182.375	0	179.375	179.375	182.375
- Sonstige Auszahlungen	100.570,84	101.489	99.594	0	99.097	99.097	98.097
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	687.255,55	714.620	693.114	0	723.531	727.483	733.474
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-577.693,94	-625.520	-607.914	0	-638.331	-642.283	-625.774

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Saldo des Teilfinanzplanes	-577.693,94	-625.520	-607.914	0	-638.331	-642.283	-625.774
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	3.175,07	14.200	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	3.175,07	14.200	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.175,07	-14.200	-5.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
= Saldo des Teilfinanzplanes	-580.869,01	-639.720	-612.914	0	-643.331	-647.283	-630.774

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätig- keit	20,0	0,0	3,2	14,2	5,0	0,0	5,0	5,0	5,0
Saldo Investitionstätigkeit	-20,0	0,0	-3,2	-14,2	-5,0	0,0	-5,0	-5,0	-5,0

Erläuterungen

Im Sommer 2010 wurde der Kinder- und Jugendförderplan für die Jahre 2010 - 2014 fortgeschrieben. Darin wurden auch die Ansätze für die Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgestellten Handlungsbedarfe sowie für die Schaffung niederschwelliger Angebote neu festgelegt. Basierend auf den Erfahrungswerten der letzten Jahre stehen hierfür 25.000 Euro bzw. 10.000 Euro, insgesamt also 35.000 Euro, jährlich zur Verfügung (Ansatz 2010: 45.000 Euro).

Die Verbindlichkeiten aufgrund vertraglicher Verpflichtungen für Drogenberatung (56.225 Euro) und mobile Jugendarbeit (112.450 Euro) sind - wie in den Vorjahren - in den Transferauszahlungen im Teilfinanzplan dargestellt.

Das Projekt Jungenarbeit ist bis zum 31.08.2011 befristet.

Kurzbeschreibung

Finanzielle und fachliche Unterstützung von freien Trägern der Jugendarbeit, Vereinen, Verbänden, Gruppen und Initiativen bei der Durchführung von Angeboten für Kinder und Jugendliche, Vergabe von Einzelbeihilfen (Kinder- und Jugendfreizeiten) an einkommensschwache Kinder, Jugendliche und Familien

Ziele

- Förderung einer Angebotsvielfalt durch finanzielle Unterstützung unterschiedlicher Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen
- Förderung der Entwicklung des Familienlebens durch Ferienfreizeiten
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Auftragsgrundlage

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFöG), Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Detmold, Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, Rats- und Jugendhilfeausschussbeschlüsse

Zielgruppe

Örtlich tätige Träger der Jugendarbeit, Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen, Kinder, Jugendliche und deren Familien

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	0,62	0,62	0,62	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durch Bezuschussung erreichte Kinder und Jugendliche (überwiegend zwischen 1 Jahr und 18 Jahren)	Anz.	2.400	1.950	2.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Zuschuss pro Kind	€	20	24	23	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalaufwendungen	33.767,89	35.039	34.403	34.746	35.094	35.445
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	885,05	170	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	59,00	236	247	247	247	247
- Transferaufwendungen	156.211,94	167.949	153.341	153.341	153.341	153.341
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	346,39	546	586	586	586	586
= Ordentliche Aufwendungen	191.270,27	203.940	188.577	188.920	189.268	189.619
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.323,67	10.839	11.864	11.938	12.111	12.281
= Ergebnis	-200.593,94	-214.779	-200.441	-200.858	-201.379	-201.900

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalauszahlungen	33.934,91	35.039	34.403	0	34.746	35.094	35.445

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	70	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	156.211,94	167.949	153.341	0	153.341	153.341	153.341
- Sonstige Auszahlungen	346,39	546	586	0	586	586	586
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	190.493,24	203.604	188.330	0	188.673	189.021	189.372
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-190.493,24	-203.604	-188.330	0	-188.673	-189.021	-189.372
= Saldo des Teilfinanzplanes	-190.493,24	-203.604	-188.330	0	-188.673	-189.021	-189.372
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	904,23	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	904,23	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-904,23	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-191.397,47	-204.104	-188.730	0	-189.073	-189.421	-189.772

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,9	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,9	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Bei der Kalkulation der Transferaufwendungen wurde das Ergebnis 2009 und die Entwicklung im ersten Halbjahr 2010 zu Grunde gelegt.

Kurzbeschreibung

Beratung, Unterstützung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen, jungen Volljährigen und ihren Familien in sozialen, familiären und wirtschaftlichen Problemen, wie Trennung, Scheidung, Mißhandlung, Vernachlässigung, Mißbrauch, Obdachlosigkeit und in Notsituationen, Familien- und Jugendgerichtshilfe
 Planung, Vermittlung von und Entscheidung über Hilfen zur Erziehung, Betreuung im Rahmen von Heimunterbringung und sonstige betreute Wohnformen, Sicherstellen des notwendigen Lebensunterhaltes außerhalb des Elternhauses und Übernahme der Kosten für pädagogische Förderung
 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in der Ursprungsfamilie leben können, erhalten umfassende Betreuung.
 Vollzeitpflege und angemessene Hilfe in einer Pflegefamilie zur Sicherung ihres Anspruches auf Erziehung

Ziele

- Förderung des Erhaltes der familiären Zusammenhänge als Sozialisationsraum für junge Menschen durch Qualifikation und Unterstützung der Eltern
- Anstreben eine das Wohl des Kindes fördernde einvernehmlich geregelte Wahrnehmung der elterlichen Sorge
- Förderung einer bedürfnisorientierten Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige
- Entwicklung einer akzeptablen Lebensperspektive für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende zur Vermeidung erneuter Straffälligkeit; Hilfestellung bei Entscheidungsfindungen in gerichtlichen Verfahren
- Sicherstellen eine dem Wohl des Kindes förderliche Erziehung durch altersentsprechende familienersetzende oder ergänzende Hilfen
- Schaffen einer eindeutigen Lebensperspektive für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige durch Unterstützung bei der Aufarbeitung bisheriger schädigender / traumatischer Erlebnisse

Auftragsgrundlage

KJHG, BGB, JGG

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Mütter und Väter, gesetzliche Vertreter/innen

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	16,13	17,43	19,57	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in ambulanten Hilfen zur Erziehung	Anz.	196	237	199	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in teilstationären Hilfen zur Erziehung	Anz.	33	39	35	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in stationären Hilfen zur Erziehung	Anz.	134	142	125	0	0	0
betreute Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in Pflegefamilien	Anz.	90	91	110	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittliche Kosten je Kind in der ambulanten Hilfe im Jahr	€	6.008	6.418	5.130	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in Pflegefamilien im Jahr	€	13.040	13.813	13.509	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der teilstationären Hilfe im Jahr	€	20.370	21.513	21.554	0	0	0
durchschnittliche Kosten je Kind in der stationären Hilfe im Jahr	€	45.262	48.430	48.649	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfererträge	843.681,14	785.000	947.500	947.500	947.500	947.500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	20.358,43	1.000	4.500	4.500	4.500	4.500
= Ordentliche Erträge	864.039,57	786.000	952.000	952.000	952.000	952.000
- Personalaufwendungen	981.255,63	1.048.586	1.195.374	1.193.919	1.196.524	1.209.100
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	907,50	433	3.500	3.500	3.500	3.500
- Bilanzielle Abschreibungen	9.314,94	1.676	1.698	1.698	1.698	1.698
- Transferaufwendungen	8.931.564,16	9.229.174	9.264.794	9.352.294	9.352.294	9.352.294
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.974,80	13.373	15.364	15.364	15.364	15.364
= Ordentliche Aufwendungen	9.942.017,03	10.293.242	10.480.730	10.566.775	10.569.380	10.581.956
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.077.977,46	-9.507.242	-9.528.730	-9.614.775	-9.617.380	-9.629.956
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	178.274,97	181.294	221.607	222.001	224.317	226.503
= Ergebnis	-9.256.252,43	-9.688.536	-9.750.337	-9.836.776	-9.841.697	-9.856.459

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfereinzahlungen	861.622,62	725.000	947.500	0	947.500	947.500	947.500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	718,00	1.000	4.500	0	4.500	4.500	4.500
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	862.340,62	726.000	952.000	0	952.000	952.000	952.000
- Personalauszahlungen	920.360,26	966.274	1.064.986	0	1.076.246	1.087.618	1.099.104
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	544,50	333	1.000	0	1.000	1.000	1.000
- Transferauszahlungen	9.135.711,18	10.130.174	9.652.294	0	9.652.294	9.652.294	9.652.294
- Sonstige Auszahlungen	19.202,06	13.373	16.164	0	15.364	15.364	15.364
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.075.818,00	11.110.154	10.734.444	0	10.744.904	10.756.276	10.767.762
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.213.477,38	-10.384.154	-9.782.444	0	-9.792.904	-9.804.276	-9.815.762
= Saldo des Teilfinanzplanes	-9.213.477,38	-10.384.154	-9.782.444	0	-9.792.904	-9.804.276	-9.815.762
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.344,82	900	3.300	0	3.300	3.300	3.300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.344,82	900	3.300	0	3.300	3.300	3.300
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.344,82	-900	-3.300	0	-3.300	-3.300	-3.300
= Saldo des Teilfinanzplanes	-9.214.822,20	-10.385.054	-9.785.744	0	-9.796.204	-9.807.576	-9.819.062

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3,2	0,0	1,3	0,9	3,3	0,0	3,3	3,3	3,3

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Saldo Investitionstätigkeit	-3,2	0,0	-1,3	-0,9	-3,3	0,0	-3,3	-3,3	-3,3

Erläuterungen

Die Planung der Hilfen für 2011 basiert auf den Prognosen 2010. Die stationären, teilstationären und ambulanten Hilfen liegen unter den Planansätzen 2010, während in der Vollzeitpflege die Zahl für 2011 um rund 21% höher ist. Die Finanzen wurden entsprechend angepasst. Aufgrund der Umsetzung des Personalkonzeptes sind hier ab 2011 entsprechende Stellenanteile für die Sozialarbeit im KSD, im Pflegekinderdienst und in der wirtschaftlichen Jugendhilfe geplant.

Die Verbindlichkeit aufgrund vertraglicher Verpflichtung für den sozialpädagogischen Hort in der Villa am Hügel ist in den Transferauszahlungen geplant.

Kurzbeschreibung

Sicherung der öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche Minderjähriger und junger Volljähriger, Feststellung der Vaterschaft, Prozeßvertretungen

Ziele

- Kinder sind informiert über ihre (abstammungsrechtliche) Herkunft durch Feststellung von Vaterschaften.
- Geltendmachen und Durchsetzen von Unterhaltsansprüchen
- ausreichende Beratung und Unterstützung der Hilfesuchenden, Aufzeigen von konkreten Lösungsmöglichkeiten

Auftragsgrundlage

SGB VIII, BGB, ZPO

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, junge Volljährige, Mütter und Väter

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	2,18	3,18	4,53	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
betreute Kinder	Anz.	879	950	975	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind	€	165	218	216	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalaufwendungen	124.480,21	187.663	287.252	290.126	293.028	295.958
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	614,75	250	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	68,00	236	247	247	247	247
- Transferaufwendungen	15,00	1.200	500	500	500	500
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.401,78	1.169	1.356	1.356	1.356	1.356
= Ordentliche Aufwendungen	126.579,74	190.518	289.355	292.229	295.131	298.061
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.041,69	16.876	28.604	28.731	29.134	29.520
= Ergebnis	-145.621,43	-207.394	-317.959	-320.960	-324.265	-327.581

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalauszahlungen	125.135,27	187.663	258.774	0	261.363	263.977	266.617
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	27,48	150	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	15,00	1.200	500	0	500	500	500
- Sonstige Auszahlungen	1.401,78	1.169	1.356	0	1.356	1.356	1.356

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	126.579,53	190.182	260.630	0	263.219	265.833	268.473
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-126.579,53	-190.182	-260.630	0	-263.219	-265.833	-268.473
= Saldo des Teilfinanzplanes	-126.579,53	-190.182	-260.630	0	-263.219	-265.833	-268.473
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	625,63	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	625,63	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-625,63	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-127.205,16	-190.682	-261.030	0	-263.619	-266.233	-268.873

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,6	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,6	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Die Vormundschaften und Pfllegschaften sollen neu organisiert und auf 1,3 Stellenanteile, die hier angesiedelt sind, geführt werden.

Kurzbeschreibung

Unterhaltssicherung für Kinder alleinerziehender Elternteile

Ziele

Sicherstellen des Lebensunterhaltes von Kindern mittels Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen und Gewährung von Unterhaltsvorschussleistungen

Auftragsgrundlage

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Zielgruppe

Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	2,41	2,41	2,62	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
betreute Kinder	Anz.	647	850	950	0	0	0
Überprüfungen der Unterhaltspflichtigen	Anz.	443	440	600	-	-	-
Heranziehung Unterhaltspflichtiger zu laufenden Kostenbeiträgen	Anz.	228	200	250	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Kind	€	1.816	1.419	1.445	-	-	-
Anteil der Heranziehung Unterhaltspflichtiger an Gesamtfallzahl der Überprüfungen	%	51,5	45,5	41,7	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfererträge	145.808,97	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	438.691,25	448.032	518.504	518.504	518.504	518.504
= Ordentliche Erträge	584.500,22	618.032	688.504	688.504	688.504	688.504
- Personalaufwendungen	134.445,48	137.349	148.033	149.515	151.009	152.518
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.171,66	250	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	8.355,52	236	247	247	247	247
- Transferaufwendungen	992.989,97	1.030.005	1.181.005	1.181.005	1.181.005	1.181.005
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	607,08	748	1.056	1.056	1.056	1.056
= Ordentliche Aufwendungen	1.137.569,71	1.168.588	1.330.341	1.331.823	1.333.317	1.334.826
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-553.069,49	-550.556	-641.837	-643.319	-644.813	-646.322
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.073,35	37.976	46.571	46.960	47.657	48.317
= Ergebnis	-599.142,84	-588.532	-688.408	-690.279	-692.470	-694.639

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfereinzahlungen	131.990,97	160.000	160.000	0	160.000	160.000	170.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	481.191,11	448.032	518.504	0	518.504	518.504	518.504
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	613.182,08	608.032	678.504	0	678.504	678.504	688.504
- Personalauszahlungen	135.098,83	137.349	148.033	0	149.515	151.009	152.518
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	113,39	150	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	1.092.185,57	1.030.005	1.181.005	0	1.181.005	1.181.005	1.181.005
- Sonstige Auszahlungen	607,08	748	1.056	0	1.056	1.056	1.056
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.228.004,87	1.168.252	1.330.094	0	1.331.576	1.333.070	1.334.579
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-614.822,79	-560.220	-651.590	0	-653.072	-654.566	-646.075
= Saldo des Teilfinanzplanes	-614.822,79	-560.220	-651.590	0	-653.072	-654.566	-646.075
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.115,81	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.115,81	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.115,81	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-615.938,60	-560.720	-651.990	0	-653.472	-654.966	-646.475

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	1,1	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-1,1	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Für die Planung 2011 ergeben sich auf Grundlage der Einschätzungen im Jahr 2010 Steigerungen in den Transferaufwendungen und Leistungen.

Kurzbeschreibung

Schulpsychologische Arbeit vor Ort

Ziele

- Entwicklung einer Schule von einem Lernort zu einem Lebensort, in dem erzieherische Prozesse initiiert werden
- Einzelfallhilfe und sozialpädagogische Gruppenmaßnahmen in den Schulen

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss 1978 und 1989, schulpsychologische Hilfe als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge und -vorsorge

Zielgruppe

Schüler/innen einer Schulgemeinde, Lehrer/innen und Eltern

Politisches Gremium

Jugendhilfeausschuss

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	3,68	4,18	3,68	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
betreute Schüler/innen	Anz.	1.024	1.000	1.100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Schüler/in	€	229	263	206	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalaufwendungen	223.864,76	253.581	218.269	220.452	222.657	224.884
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	60	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	54,00	236	247	247	247	247
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.627,48	2.375	1.456	1.456	1.456	1.456
= Ordentliche Aufwendungen	225.546,24	256.252	219.972	222.155	224.360	226.587
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.613,52	7.169	6.625	6.662	6.721	6.775
= Ergebnis	-234.159,76	-263.421	-226.597	-228.817	-231.081	-233.362

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalauszahlungen	225.063,70	253.581	218.269	0	220.452	222.657	224.884
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	60	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	1.637,18	2.375	1.456	0	1.456	1.456	1.456
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	226.700,88	256.016	219.725	0	221.908	224.113	226.340

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-226.700,88	-256.016	-219.725	0	-221.908	-224.113	-226.340
= Saldo des Teilfinanzplanes	-226.700,88	-256.016	-219.725	0	-221.908	-224.113	-226.340
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	400	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	0,00	400	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	-400	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-226.700,88	-256.416	-220.125	0	-222.308	-224.513	-226.740

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,4	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	0,0	-0,4	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Aufgrund der Erwartungen für das Jahr 2011 wurden das Budget und die Leistungen angepasst.

Planungsreport 2011

Fachbereich 2 Teilbudget Soziales

I. Ausgangslage und Ausblick

Die Dienstleistungen des Bereiches Soziales im Fachbereich 2, Jugend und Soziales sind im Wesentlichen Pflichtaufgaben, auf deren Erfüllung die Bürger/innen einen gesetzlichen Anspruch haben.

Die Planungen für das Jahr 2011 gehen davon aus, dass hier 27 der insgesamt 141 Mitarbeiter/innen des Fachbereiches beschäftigt sind. 8 Mitarbeiter/innen arbeiten in Teilzeit, das sind 29,6 %. Die Leistungspalette ist in drei Produktgruppen mit insgesamt neun Produkten gegliedert. Ein Produkt ist in Leistungen unterteilt, die Darstellung erfolgt auf Produktebene. Änderungen zu 2010 gibt es nicht.

Das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sieht die Anhebung des Regelsatzes um 5 € sowie insbesondere die Einführung eines Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder und Jugendliche vor. In welcher Form der zuständige Kreis Lippe das Bildungs- und Teilhabegesetz umsetzen will, ist derzeit noch unklar.

Die Streichung des Heizkostenzuschusses betrifft das Produkt Wohngeld und ggf. das Produkt Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Produkt Ausländerangelegenheiten sind vor allem zu den Komplexen Innere Sicherheit und Integration eine Fülle von rechtlichen Änderungen, Durchführungsverordnungen etc. von den Mitarbeiter/innen zu verarbeiten und zu beachten. Die Vorbereitungen zur Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels zum 01.09.2011 laufen im ersten Halbjahr.

Durch den Ratsbeschluss zum Abbau weiterer Kapazitäten bei den Übergangwohnheimen und zur Neustrukturierung der Unterbringungszeiten bzw. -flächen (DS-Nr. Fb 2/692/2010) ergeben sich in 2011 deutliche Veränderungen der Ertrags- und Aufwandsarten im Produkt Unterbringung in Notunterkünften. Einsparungen können in 2011 jedoch noch nicht realisiert werden, da durch die vorzeitige Aufgabe und die bestehende Zweckbindungsfrist das Land NRW einen Erstattungsanspruch gegenüber der Stadt Detmold hat. Der Rückgang der untergebrachten Personen beeinflusst auch den Ertrag und damit das Gesamtergebnis. Wie sich die Neustrukturierung letztendlich sowohl auf die Belegung als auch auf die Finanzdaten auswirkt, kann gesicherter erst nach vorliegenden Erfahrungswerten gesagt werden.

Inwieweit die Leistungspalette des Bereiches Soziales in 2011 und den Folgejahren über die oben skizzierten Änderungen hinaus durch Änderungen in der Bundes- bzw. Landesgesetzgebung Umstrukturierungen unterliegt, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Die weiteren Entwicklungen müssen jedoch im Blick sein, um die Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot im Bereich Soziales abschätzen und berücksichtigen zu können.

II Finanzen

Die Wirtschaftspläne geben eine Darstellung der Finanzen im Teilergebnisplan (Ertrags- und Aufwandsarten) und Teilfinanzplan (Ein- und Auszahlungsarten).

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2009 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2009 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2009 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können. Es können sich noch Änderungen bei der Einordnung „Unterhaltung oder Investitionen“ ergeben. Die ausgewiesenen Beträge bei den Abschreibungen auf Anlagevermögen und der Auflösung von Sonderposten für die in der Vergangenheit geflossenen Zuwendungen und Beiträge entsprechen vorerst den Planansätzen 2009 bzw. den Aktualisierungen aus dem 4. Quartalsbericht. Noch nicht enthalten sind u. a. Zuführungen und Entnahmen aus Instandhaltungs- und sonstigen Rückstellungen, die Abrechnungen der Gebührenhaushalte und Forderungsvereinigungen.

a. Teilergebnisplan

Im Teilergebnisplan werden das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch abgebildet.

Die Ertragsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen Differenz zu 2010: + 8.000 Euro Zuweisungen der anteiligen Ausgleichsabgabe, Einnahmeteiligung der BSHG-Altfälle Gegenüber 2010 wird von einer Steigerung der Ausgleichsabgabe ausgegangen. Dies korrespondiert mit der Steigerung der begleitenden Hilfen (s. Transferaufwendungen).	68.000 Euro
Sonstige Transfererträge Differenz zu 2010: + 6.190 Euro Erstattungen des Landes nach dem FlüAG, Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz Dritter Gegenüber 2010 sind beide Positionen leicht gestiegen.	125.620 Euro
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Differenz zu 2010: - 112.943 Euro Verwaltungsgebühren, Nutzungsentschädigungen Unterkünfte Es wird mit weniger Nutzungsentschädigungen gerechnet.	210.385 Euro
Kostenerstattungen und Kostenumlagen Differenz zu 2010: - 3.000 Euro Erstattungen Land (Unterkünfte für Aussiedler/innen), Einnahmen aus Veranstaltungen der Seniorenwoche, Erstattungen der Kosten für die Rückführung von Ausländern Es wird mit sinkenden Rückführungskosten kalkuliert (s. a. Sonstige ordentliche Aufwendungen)	8.000 Euro
Sonstige ordentliche Erträge Differenz zu 2010: - 100 Euro Bußgelder	200 Euro
Ordentliche Erträge insgesamt Differenz zu 2010: - 101.853 Euro	412.205 Euro

Die Aufwandsarten im Einzelnen mit den wesentlichen Positionen:

Personalaufwendungen Differenz zu 2010: - 50.593 Euro Wesentlicher Grund: Änderung des Verteilungsmodus bei den Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen (s. a. Produkterläuterungen zu 250.100)	1.416.192 Euro
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Differenz zu 2010: - 56.117 Euro Unterhaltung der Unterkünfte, Seniorenwoche und Veranstaltungen Gegenüber 2010 ist der Unterhaltungsaufwand der Unterkünfte gesunken.	143.035 Euro
Bilanzielle Abschreibungen Werteverzehr für Inventar und Geräte Differenz zu 2010: - 446 Euro	11.395 Euro
Transferaufwendungen Differenz zu 2010: - 65.711 Euro Leistungen (Asylbewerber/innen), städtische Mittel, begleitende Hilfen nach dem SGB IX, Zuschüsse an Altenbegegnungsstätten, Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen Maßgeblich für die Differenz zum Vorjahr ist der Rückgang der Leistungsberechtigten im Produkt 230.200 Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Darstellung vertraglicher Verpflichtungen im Produkt 230.300 Hilfen in außergewöhnlichen Situationen und die Steigerung der Beihilfen nach dem SGB IX (s. o. Transfererträge)	771.136 Euro
Sonstige ordentliche Aufwendungen Differenz zu 2010: - 10.946 Euro Förderung der Altenbegegnungsstätten, Sitzungsgelder, Fahrtkosten und Auslagen der Beiräte, Sachkosten für Projekte, Kosten für die Rückführung von Ausländern, Erstattungen an die Bundesdruckerei Bis 2010 war hier die Unterhaltung von Software enthalten, ab 2011 werden diese Kosten über die Interne Leistungsbeziehung IT-Service abgewickelt.	44.125 Euro
Ordentliche Aufwendungen insgesamt Differenz zu 2010: - 183.813 Euro	2.385.883 Euro
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen Differenz zu 2010: + 9.932 Euro Die Steigerung beruht im Wesentlichen auf der Leistungsbeziehung IT-Service.	391.751 Euro
Ergebnis Differenz zu 2010: - 72.028 Euro	- 2.365.429 Euro

b. Teilfinanzplan

Im Teilfinanzplan werden die Zahlungsströme dargestellt. Die Finanzvorgänge, die keine Ein- oder Auszahlungen verursachen, werden nicht aufgeführt. Dafür sind hier die finanziellen Verbindlichkeiten, die sich aus Verträgen und einer Rückzahlungsverpflichtung ergeben, enthalten. Außerdem werden die Investitionen und ihre Finanzierung abgebildet.

Gegenüber dem Teilergebnisplan ergeben sich folgende Unterschiede:

Personalauszahlungen 1.323.657 Euro
Die Auszahlungen sind um 92.535 Euro geringer als die Personalaufwendungen im Teilergebnisplan, da Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften (Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger) nicht finanzwirksam sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen 141.635 Euro
Die Auszahlungen sind um 1.400 Euro geringer als die Aufwendungen. Ersatzbeschaffungen für kleinere Ausstattungsgegenstände werden über Festwert als Aufwand im Teilergebnisplan gebucht. Die entsprechenden Auszahlungen entstehen im Teilfinanzplan nicht auf einem separaten Konto, sondern in den Investitionsmaßnahmen.

Transferauszahlungen 949.011 Euro
Die Auszahlungen sind höher als die Aufwendungen, da die finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Verträgen in Höhe von insgesamt 152.875 Euro nicht in den Transferaufwendungen enthalten sind (s. Produkte 230.300 Hilfen in außergewöhnlichen Situationen, 250.200 Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf und 250.300 Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege).

Sonstige Auszahlungen 329.125 Euro
Die Auszahlungen liegen 285.000 Euro über den Aufwendungen. Hierbei handelt es sich um die Rückzahlungen der Landesförderungen wegen der Aufgabe von drei Übergangwohnheimen vor Ablauf der Zweckbindungsfrist.

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 391.751 Euro und die bilanziellen Abschreibungen i. H. v. 11.395 Euro sind nur im Teilergebnisplan enthalten.

Investitionstätigkeit

Für Investitionsmaßnahmen im Verwaltungsbereich und in den städtischen Unterkünften sind für 2011 für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen und Geräten 10.800 Euro geplant.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	62.366,34	60.000	68.000	68.000	68.000	68.000
+ Sonstige Transfererträge	145.416,50	119.430	125.620	125.620	125.620	125.620
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	262.253,18	323.328	210.385	172.400	174.848	177.345
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.721,43	11.000	8.000	8.000	8.000	8.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	25,00	300	200	200	200	200
= Ordentliche Erträge	475.782,45	514.058	412.205	374.220	376.668	379.165
- Personalaufwendungen	1.382.056,08	1.466.785	1.416.192	1.430.352	1.444.653	1.459.097
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	356.328,99	199.152	143.035	88.345	88.345	88.345
- Bilanzielle Abschreibungen	70.513,57	11.841	11.395	11.395	11.395	11.395
- Transferaufwendungen	925.758,35	836.847	771.136	771.136	839.943	894.911
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	54.301,89	55.071	44.125	43.465	43.465	43.465
= Ordentliche Aufwendungen	2.788.958,88	2.569.696	2.385.883	2.344.693	2.427.801	2.497.213
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.313.176,43	-2.055.638	-1.973.678	-1.970.473	-2.051.133	-2.118.048
= Ordentliches Jahresergebnis	-2.313.176,43	-2.055.638	-1.973.678	-1.970.473	-2.051.133	-2.118.048
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	408.838,98	381.819	391.751	392.872	397.445	401.790
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-408.838,98	-381.819	-391.751	-392.872	-397.445	-401.790
= Ergebnis	-2.722.015,41	-2.437.457	-2.365.429	-2.363.345	-2.448.578	-2.519.838

Teilfinanzplan Einzahlungs- und Auszahlungsarten	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	62.611,23	60.000	93.000	0	93.000	93.000	93.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	141.285,98	119.430	125.620	0	125.620	125.620	125.620
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	270.545,00	323.328	210.385	0	172.400	174.848	177.345
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	6.905,00	11.000	8.000	0	8.000	8.000	8.000
+ Sonstige Einzahlungen	25,00	300	200	0	200	200	200
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	481.372,21	514.058	437.205	0	399.220	401.668	404.165
- Personalauszahlungen	1.256.218,62	1.333.867	1.323.657	0	1.329.471	1.342.761	1.356.186
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	383.899,75	198.352	141.635	0	86.945	86.945	86.945
- Transferauszahlungen	1.070.809,15	962.222	949.011	0	949.511	949.511	949.511
- Sonstige Auszahlungen	53.909,73	55.071	329.125	0	43.465	43.465	43.465
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.764.837,25	2.549.512	2.743.428	0	2.409.392	2.422.682	2.436.107
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.283.465,04	-2.035.454	-2.306.223	0	-2.010.172	-2.021.014	-2.031.942
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.283.465,04	-2.035.454	-2.306.223	0	-2.010.172	-2.021.014	-2.031.942
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.296,17	12.200	10.800	0	10.800	10.800	10.800
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.296,17	12.200	10.800	0	10.800	10.800	10.800
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.296,17	-12.200	-10.800	0	-10.800	-10.800	-10.800

Teilfinanzplan Einzahlungs- und Auszahlungsarten	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Saldo des Teilfinanzplanes1	-2.284.761,21	-2.047.654	-2.317.023	0	-2.020.972	-2.031.814	-2.042.742

Kurzbeschreibung

Laufende und einmalige Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII); Delegationssatzung des Kreises Lippe in der jeweils gültigen Fassung; Unterhaltssicherungsgesetz (USG), Zivildienstgesetz (ZDG)

Zielgruppe

Alle Personen, die ihren Wohnsitz im Gebiet der Stadt Detmold haben und hilfebedürftig im Sinne des SGB XII sind; Wehrpflichtige, Zivildienstleistende, Wehrübende und ihre Familienangehörigen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	4,57	4,59	4,46	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII, 3. Kapitel)	Fälle	79	85	85	0	0	0
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)	Fälle	444	450	460	0	0	0
Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)	Fälle	20	25	20	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand / Jahr je Fall Leistungen nach SGB XII und USG	€	634	590	590	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	19.633,05	20.000	18.000	18.000	18.000	18.000
= Ordentliche Erträge	19.633,05	20.000	18.000	18.000	18.000	18.000
- Personalaufwendungen	265.910,52	267.540	260.868	263.475	266.109	268.769
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	1.100	1.100	1.100	1.100
- Bilanzielle Abschreibungen	153,00	938	949	949	949	949
- Transferaufwendungen	75,80	80	80	80	80	80
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.824,59	5.727	2.036	2.036	2.036	2.036
= Ordentliche Aufwendungen	271.963,91	274.385	265.033	267.640	270.274	272.934
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-252.330,86	-254.385	-247.033	-249.640	-252.274	-254.934
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	72.878,77	56.280	70.390	70.072	70.878	71.599
= Ergebnis	-325.209,63	-310.665	-317.423	-319.712	-323.152	-326.533

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	19.753,05	20.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	19.753,05	20.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
- Personalauszahlungen	244.129,57	242.901	241.765	0	244.181	246.622	249.087
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	0	100	100	100
- Transferauszahlungen	75,80	80	80	0	80	80	80
- Sonstige Auszahlungen	5.576,32	5.727	2.036	0	2.036	2.036	2.036
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	249.781,69	248.808	243.981	0	246.397	248.838	251.303
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-230.028,64	-228.808	-225.981	0	-228.397	-230.838	-233.303
= Saldo des Teilfinanzplanes	-230.028,64	-228.808	-225.981	0	-228.397	-230.838	-233.303
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	130,52	400	1.400	0	1.400	1.400	1.400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	130,52	400	1.400	0	1.400	1.400	1.400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-130,52	-400	-1.400	0	-1.400	-1.400	-1.400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-230.159,16	-229.208	-227.381	0	-229.797	-232.238	-234.703

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,1	0,4	1,4	0,0	1,4	1,4	1,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,1	-0,4	-1,4	0,0	-1,4	-1,4	-1,4

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfangs wurden die Erfahrungen des Jahres 2009 und des 1. Halbjahres 2010 herangezogen.

Kurzbeschreibung

Gewährung bzw. Versagung laufender Leistungen, Krankenhilfe, Hilfen bei Geburt und Schwangerschaft und sonstiger Leistungen

Ziele

Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

Auftragsgrundlage

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG)

Zielgruppe

Alle Ausländerinnen und Ausländer, die sich tatsächlich im Gebiet der Stadt Detmold aufhalten und leistungsberechtigt nach § 1 Abs. 1 AsylbLG sind

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	1,11	1,11	1,22	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
betreute Personen / Grundleistungen	Anz.	90	90	66	0	0	0
- Ausgaben	€	446.182	460.242	337.500	-	-	-
betreute Personen / Leistungen analog SGB XII	Anz.	39	40	54	0	0	0
- Ausgaben	€	333.955	237.600	311.040	-	-	-
Erstattungen des Landes	€	97.504	84.454	87.924	-	-	-
anrechnungsfähige Personen	Anz.	28	15	20	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreute Person	€	725	646	753	-	-	-
Verhältnis Erstattungen des Landes zu Leistungsgewährung	%	12,5	12,1	13,6	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfererträge	103.945,82	89.134	92.244	92.244	92.244	92.244
= Ordentliche Erträge	103.945,82	89.134	92.244	92.244	92.244	92.244
- Personalaufwendungen	63.770,65	65.683	68.407	69.090	69.781	70.479
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.586,50	1.150	4.000	4.000	4.000	4.000
- Bilanzielle Abschreibungen	429,22	442	453	453	453	453
- Transferaufwendungen	780.134,83	697.842	648.551	648.551	648.551	648.551
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.749,84	1.623	536	536	536	536
= Ordentliche Aufwendungen	853.671,04	766.740	721.947	722.630	723.321	724.019
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-749.725,22	-677.606	-629.703	-630.386	-631.077	-631.775
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.176,38	17.343	17.886	17.929	18.162	18.374
= Ergebnis	-771.901,60	-694.949	-647.589	-648.315	-649.239	-650.149

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfereinzahlungen	104.734,14	89.134	92.244	0	92.244	92.244	92.244
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	104.734,14	89.134	92.244	0	92.244	92.244	92.244
- Personalauszahlungen	54.502,11	53.318	65.854	0	66.511	67.176	67.848
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.044,66	1.050	4.000	0	4.000	4.000	4.000
- Transferauszahlungen	809.528,99	697.842	648.551	0	648.551	648.551	648.551
- Sonstige Auszahlungen	1.682,48	1.623	536	0	536	536	536
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	870.758,24	753.833	718.941	0	719.598	720.263	720.935
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-766.024,10	-664.699	-626.697	0	-627.354	-628.019	-628.691
= Saldo des Teilfinanzplanes	-766.024,10	-664.699	-626.697	0	-627.354	-628.019	-628.691
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	28,55	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	28,55	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-28,55	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-766.052,65	-665.199	-627.097	0	-627.754	-628.419	-629.091

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,0	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Die für das Haushaltsjahr 2011 geplanten Ansätze bei Ertrag und Transferaufwendungen beruhen auf den zum Stichtag 31.03.2010 ermittelten Personen, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben. Diese Zahlen wurden unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung sowie der voraussichtlich in 2010 noch aufzunehmenden Asylbewerber/innen und der Abgänge für das Jahr 2011 hochgerechnet. Die Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) erfolgt weiterhin pauschal nach einem Zuweisungsschlüssel. Die erstmalig für 2005 festgesetzte Höhe der Landeszuweisung von insgesamt 120 Mio. Euro für NRW wurde zwischenzeitlich bis auf 31,3 Mio. Euro für das Jahr 2010 gekürzt (im Vergleich zum Jahr 2009 eine geringfügige Erhöhung um 50.000 Euro).

Kurzbeschreibung

Beratung und (immaterielle und materielle) Unterstützung von Familien oder Einzelpersonen bei der Überwindung sozialer Schwierigkeiten, der Bewältigung von Krisensituationen und Alltagsproblemen

Ziele

Stärkung der Selbsthilfe und des persönlichen Verantwortungsbewusstseins; Behebung akuter Notlagen durch finanzielle und immaterielle Hilfe

Auftragsgrundlage

Ratsbeschluss (städt. Mittel); Konzept Allgemeiner Sozialer Dienst (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 7.11.2001)

Zielgruppe

Alle Personen, die in der Stadt Detmold gemeldet sind und sich in einer Notsituation befinden

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	1,71	1,71	1,54	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Beihilfen	Anz.	5	3	4	-	-	-
- Ausgaben	€	2.922	4.000	4.000	-	-	-
Integration von Obdachlosen (Neuzugänge)	Anz.	25	30	25	-	-	-
Vorgänge, in denen eine Integration erfolgt ist	Anz.	27	28	23	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	27	26	21	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	-	2	2	-	-	-
Ausgaben	€	-	1.000	1.000	-	-	-
Vermeidung von Obdachlosigkeit (von Wohnungsverlust bedrohte Personen o. Haushalte)	Anz.	77	105	90	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Beihilfen	Anz.	-	1	1	-	-	-
- Ausgaben	€	-	500	500	-	-	-
Allgemeine Beratung	Anz.	340	320	330	-	-	-
Problemlösung durch - Vermittlung an andere Institutionen	Anz.	45	50	40	-	-	-
- finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen (städtische Mittel)	Anz.	171	180	180	-	-	-
Vorgänge, in denen die Obdachlosigkeit vermieden werden konnte	Anz.	82	100	85	-	-	-
Ausgaben	€	42.566	44.000	43.000	-	-	-
Ablehnung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung (städtische Mittel)	Anz.	55	50	70	-	-	-
- ohne Geldleistungen	Anz.	76	95	77	-	-	-
- mit Geldleistungen	Anz.	6	5	8	-	-	-
Ausgaben	€	4.098	6.000	6.000	-	-	-
davon Darlehen	Anz.	3	2	4	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Ausgaben	€	1.176	2.000	2.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	279	280	271	-	-	-
Erfolgsquote Vermeidung von Obdachlosigkeit	%	106,5	95,2	94,4	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	€	683	1.200	750	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Vermeidung von Obdachlosigkeit)	%	28,7	33,3	33,3	-	-	-
Erfolgsquote Integration von Obdachlosen	%	108,0	93,3	92,0	-	-	-
durchschnittliche Leistung (Integration von Obdachlosen)	€	-	500	500	-	-	-
Anteil der Darlehen an den Ausgaben (Integration von Obdachlosen)	%	-	50,0	50,0	-	-	-
durchschnittliche finanzielle Unterstützung in besonderen Notfällen	€	249	244	239	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfererträge	11.111,84	4.000	6.000	6.000	6.000	6.000
= Ordentliche Erträge	11.111,84	4.000	6.000	6.000	6.000	6.000
- Personalaufwendungen	102.086,28	107.113	100.553	101.559	102.574	103.600
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	89,00	426	437	437	437	437
- Transferaufwendungen	46.664,24	73.625	50.000	50.000	76.157	84.875
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	382,07	458	693	693	693	693
= Ordentliche Aufwendungen	149.221,59	181.872	151.683	152.689	179.861	189.605
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-138.109,75	-177.872	-145.683	-146.689	-173.861	-183.605
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.328,37	19.488	20.235	20.314	20.587	20.846
= Ergebnis	-159.438,12	-197.360	-165.918	-167.003	-194.448	-204.451

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfereinzahlungen	6.193,00	4.000	6.000	0	6.000	6.000	6.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.193,00	4.000	6.000	0	6.000	6.000	6.000
- Personalauszahlungen	100.304,43	104.472	98.852	0	99.841	100.839	101.848
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	150	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	80.185,78	81.500	84.875	0	84.875	84.875	84.875
- Sonstige Auszahlungen	382,07	458	693	0	693	693	693
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	180.872,28	186.580	184.420	0	185.409	186.407	187.416
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-174.679,28	-182.580	-178.420	0	-179.409	-180.407	-181.416
= Saldo des Teilfinanzplanes	-174.679,28	-182.580	-178.420	0	-179.409	-180.407	-181.416
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	276,19	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	276,19	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-276,19	-500	-400	0	-400	-400	-400

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Saldo des Teilfinanzplanes	-174.955,47	-183.080	-178.820	0	-179.809	-180.807	-181.816

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,3	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,3	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Für die Planung des Leistungsumfanges wurde die Entwicklung im 1. Halbjahr 2010 zu Grunde gelegt. Die Entwicklung ist vergleichbar mit den Vorjahren.

Die Zahlen in den Bereichen "Vermeidung von Obdachlosigkeit" und "Integration von Obdachlosen" bleiben relativ konstant und die Ausgaben verhältnismäßig gering, während im Bereich "Allgemeine Beratung" eher mit einem Anstieg zu rechnen ist. Eine besondere Problematik und ein großer Anteil bei den Beratungen und finanziellen Unterstützungen sind die Folgen der hohen Energiekosten.

Der Vertrag mit der Herberge zur Heimat vom 1.04.2010 bis 31.03.2013 ist in den Planjahren 2011 und 2012 nur im Finanzplan enthalten. Ab 2013 sind die Kosten für die Weiterführung auch im Ergebnisplan dargestellt.

Kurzbeschreibung

Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen (wirtschaftlich und sachlich), Bearbeitung inkl. Entscheidung und Zahlbarmachung von Miet- und Lastenzuschuss

Ziele

Finanzielle Sicherung angemessenen Wohnens; zügige Bearbeitung der vollständigen Anträge

Auftragsgrundlage

Wohngeldgesetz (WoGG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X

Zielgruppe

Alle Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum i. S. von § 3 WoGG im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	3,96	3,19	3,31	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	2.184	2.100	1.900	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Bewilligung	€	82	91	102	-	-	-
Verhältnis Bewilligungen zu Haushalten in Detmold (es werden 35.000 Haushalte zugrunde gelegt)	%	6,1	5,8	5,3	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	200	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	0,00	200	100	100	100	100
- Personalaufwendungen	146.358,61	153.335	161.016	162.626	164.252	165.894
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	92,00	236	247	247	247	247
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.461,57	3.272	1.096	1.096	1.096	1.096
= Ordentliche Aufwendungen	149.912,18	156.943	162.359	163.969	165.595	167.237
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-149.912,18	-156.743	-162.259	-163.869	-165.495	-167.137
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.808,38	33.256	33.023	32.942	33.325	33.685
= Ergebnis	-179.720,56	-189.999	-195.282	-196.811	-198.820	-200.822

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	200	100	0	100	100	100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	200	100	0	100	100	100

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalauszahlungen	142.515,14	148.054	157.613	0	159.189	160.780	162.387
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	3.513,37	3.272	1.096	0	1.096	1.096	1.096
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	146.028,51	151.426	158.709	0	160.285	161.876	163.483
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-146.028,51	-151.226	-158.609	0	-160.185	-161.776	-163.383
= Saldo des Teilfinanzplanes	-146.028,51	-151.226	-158.609	0	-160.185	-161.776	-163.383
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	101,97	400	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	101,97	400	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-101,97	-400	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-146.130,48	-151.626	-159.009	0	-160.585	-162.176	-163.783

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,1	0,4	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,1	-0,4	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfanges wurden das Ergebnis 2009 und die Entwicklung des 1. Halbjahres herangezogen.

Der Anstieg der Personalkosten im Verhältnis zum Ergebnis 2009 um rund 15.000 Euro ist durch eine längerfristige Vakanz im Jahr 2009 begründet.

Kurzbeschreibung

Schaffung, Verwaltung, Instandhaltung und Betrieb von Notunterkünften; Beratung und Hilfsangebote

Ziele

Versorgung der Zielgruppe mit Wohnraum; Förderung des eigenverantwortlichen und sozialverträglichen Zusammenlebens in den Übergangwohnheimen bzw. der Bewohner/innen und der Nachbarschaft, Integrationshilfen für Asylberechtigte

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), Landesaufnahmegesetz, Satzungen der Stadt Detmold;

Konzept für die Arbeit der Kontaktstelle für Ausländer (Beschluss im Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 13.02.1996)

Zielgruppe

von Obdachlosigkeit bedrohte Personen, Aussiedler/innen, Asylbewerber/innen, ausländische Flüchtlinge, Asylberechtigte

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	4,82	4,82	4,50	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
vorgehaltene Betten in Obdachlosenunterkünften	Anz.	54	54	54	0	0	0
untergebrachte Personen in Obdachlosenunterkünften	Anz.	25	30	25	0	0	0
vorgehaltene Betten in Übergangwohnheimen	Anz.	430	194	112	0	0	0
untergebrachte Personen in Übergangwohnheimen	Anz.	98	115	70	0	0	0
Beratungen von Asylberechtigten	Anz.	74	60	60	-	-	-
Beratungen von Asylbewerber/innen, ausländischen Flüchtlingen	Anz.	212	230	190	-	-	-
Projekte	Anz.	1	1	1	-	-	-
Teilnehmerzahl an Projekt	Anz.	-	13	9	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Obdachlosenunterkünfte	€	2.411	2.343	2.256	-	-	-
Betriebsaufwand je Bett pro Jahr / Übergangwohnheime	€	1.339	2.202	3.109	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Beratung	€	388	398	453	-	-	-
Belegungsquote Obdachlosenunterkünfte	%	46,8	55,6	46,3	-	-	-
Belegungsquote Übergangwohnheime	%	22,7	59,3	62,7	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfererträge	30.358,84	26.296	27.376	27.376	27.376	27.376
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	237.196,18	298.328	185.385	147.400	149.848	152.345

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	800,00	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
= Ordentliche Erträge	268.355,02	328.624	216.761	178.776	181.224	183.721
- Personalaufwendungen	305.554,41	311.579	300.840	303.849	306.885	309.951
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	333.169,65	184.152	124.919	70.229	70.229	70.229
- Bilanzielle Abschreibungen	67.936,35	7.756	7.222	7.222	7.222	7.222
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.200,09	10.820	9.421	9.421	9.421	9.421
= Ordentliche Aufwendungen	714.860,50	514.307	442.402	390.721	393.757	396.823
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-446.505,48	-185.683	-225.641	-211.945	-212.533	-213.102
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	156.622,18	158.661	142.765	143.973	145.452	146.913
= Ergebnis	-603.127,66	-344.344	-368.406	-355.918	-357.985	-360.015

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Sonstige Transfereinzahlungen	30.358,84	26.296	27.376	0	27.376	27.376	27.376
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	245.418,00	298.328	185.385	0	147.400	149.848	152.345
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.200,00	4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	277.976,84	328.624	216.761	0	178.776	181.224	183.721
- Personalauszahlungen	301.897,10	305.416	296.870	0	299.839	302.835	305.861
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	363.282,25	183.852	124.919	0	70.229	70.229	70.229
- Sonstige Auszahlungen	8.323,53	10.820	294.421	0	9.421	9.421	9.421
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	673.502,88	500.088	716.210	0	379.489	382.485	385.511
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-395.526,04	-171.464	-499.449	0	-200.713	-201.261	-201.790
= Saldo des Teilfinanzplanes	-395.526,04	-171.464	-499.449	0	-200.713	-201.261	-201.790
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	607,03	8.500	6.200	0	6.200	6.200	6.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	607,03	8.500	6.200	0	6.200	6.200	6.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-607,03	-8.500	-6.200	0	-6.200	-6.200	-6.200
= Saldo des Teilfinanzplanes	-396.133,07	-179.964	-505.649	0	-206.913	-207.461	-207.990

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24,8	0,0	0,6	8,5	6,2	0,0	6,2	6,2	6,2
Saldo Investitionstätigkeit	-24,8	0,0	-0,6	-8,5	-6,2	0,0	-6,2	-6,2	-6,2

Erläuterungen

Obdachlosenunterkünfte:

Aufgrund der Belegungszahlen im 1. Halbjahr 2010 wird in etwa das Niveau von 2009 erwartet.

Übergangswohnheime:

Die neue Wohnflächenbemessung pro Person wird ab August 2010 angewandt. Dadurch verringert sich die Kapazität der vorgehaltenen Betten auf 140. Nach Beendigung des Nutzungsverhältnisses Stratenweg 37 - 45 (68 Betten) stehen ab 1.08.2011 noch 72 Betten in der Heldmanstraße zur Verfügung. Im Plan 2011 ist der Mittelwert abgebildet.

Die Anzahl der untergebrachten Personen geht aufgrund der sinkenden Zuweisungen (s. auch Produkt 230.200) weiter zurück. Wie sich die Neustrukturierung der Unterbringungszeiten auf die Belegungszahlen (und die Finanzdaten, s. u.) auswirkt, kann heute nur geschätzt werden. Hier müssen die ersten Erfahrungswerte des 2. Halbjahrs 2010 abgewartet werden.

Der Rückgang der Zahl der Beratungen hängt ebenfalls mit den sinkenden Zuweisungen zusammen. Es wird davon ausgegangen, dass auch Asylsuchende, die nicht in den Übergangswohnheimen untergebracht sind, das Angebot der Kontaktstelle nutzen werden. An Projekten

sind Einsätze des Spielmobils geplant. Dies steht aber direkt mit der Zahl der in den Heimen untergebrachten Kinder in Verbindung.

Bei den Sonstigen Transfererträgen handelt es sich um die Landeserstattung nach dem FlüAG. Wie schon im Produkt 230.200 erläutert, wird mit einer leichten Verbesserung gerechnet.

Die Nutzungsentschädigungen (Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte) und die Ordentlichen Aufwendungen sinken durch die oben beschriebenen Veränderungen.

In den Unterhaltungskosten (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) ist seit 2011 ein Betrag von 5.000 Euro für Renovierungsarbeiten enthalten.

Wegen der vorzeitigen Aufgabe der Unterkunft Stratenweg hat das Land einen Anspruch auf Erstattung der für das Objekt gewährten Förderung. Dieser ist als Verbindlichkeit im Finanzplan in den sonstigen Auszahlungen dargestellt.

Kurzbeschreibung

Unterstützung bei der richterlichen Entscheidungsfindung in Betreuungsverfahren, gesetzliche Vertretung von Betreuten, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuungspersonen sowie anderer Ratsuchender, Werbung ehrenamtlicher Betreuungspersonen, Auswahl von Berufsbetreuern, Feststellung des Tätigkeitsumfangs der Berufsbetreuer und ihrer Vergütung

Ziele

Sicherung einer interessengerechten gesetzlichen Vertretung der betroffenen Personen im Bedarfsfall

Auftragsgrundlage

Betreuungsgesetz (BtG), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Zielgruppe

Personen, die aufgrund einer Krankheit oder Behinderung die eigenen Angelegenheiten nicht interessengerecht regeln können, und Betreuer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	1,79	1,79	1,77	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anzahl der geführten Betreuungen	Anz.	25	15	15	0	0	0
Gerichtshilfe	Anz.	218	240	220	-	-	-
andere Querschnittsaufgaben	Anz.	118	120	120	-	-	-
Beratungen in Betreuungsangelegenheiten und weiteren themennahmen sozialen Problemen	Anz.	139	150	150	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	325	308	271	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalaufwendungen	144.244,25	146.868	123.325	124.558	125.804	127.062
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	89,00	236	247	247	247	247
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	526,38	665	603	603	603	603
= Ordentliche Aufwendungen	144.859,63	148.019	124.175	125.408	126.654	127.912
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.545,37	13.994	12.645	12.709	12.873	13.034
= Ergebnis	-162.405,00	-162.013	-136.820	-138.117	-139.527	-140.946

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Personalauszahlungen	90.014,05	96.795	98.660	0	92.227	93.149	94.081

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	150	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	526,38	665	603	0	603	603	603
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	90.540,43	97.610	99.263	0	92.830	93.752	94.684
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-90.540,43	-97.610	-99.263	0	-92.830	-93.752	-94.684
= Saldo des Teilfinanzplanes	-90.540,43	-97.610	-99.263	0	-92.830	-93.752	-94.684
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	4,08	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4,08	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-4,08	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-90.544,51	-98.110	-99.663	0	-93.230	-94.152	-95.084

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,0	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

In die Planung des Leistungsumfangs sind die Erfahrungen der Vorjahre und des 1. Halbjahrs 2009 eingeflossen.

Die Personalaufwendungen fallen gegenüber den Vorjahren geringer aus. Ab 2011 werden die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen aus buchungstechnischen Gründen anteilig auf die Produkte umgelegt (vorher: produktscharfe Zuordnung auf Basis der tatsächlich dort Beschäftigten). Da in diesem Produkt zwei Beamte tätig sind, fällt diese Änderung hier besonders ins Gewicht.

Kurzbeschreibung

Förderung und Erhalt von Behindertenarbeitsplätzen

Ziele

Integration von schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen im Arbeits- und Berufsleben; Ausgleich der behindertenbedingten Nachteile

Auftragsgrundlage

Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)

Zielgruppe

Arbeitgeber/innen und schwerbehinderte oder gleichgestellte Arbeitnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	1,04	1,04	1,03	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Präventions- und Kündigungsverfahren betreute Personen (begleitende Hilfen)	Anz.	33	30	30	–	–	–
	Anz.	75	70	80	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	720	787	691	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	42.733,29	40.000	50.000	50.000	50.000	50.000
= Ordentliche Erträge	42.733,29	40.000	50.000	50.000	50.000	50.000
- Personalaufwendungen	66.555,21	68.929	66.974	67.643	68.321	69.005
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	71,00	236	247	247	247	247
- Transferaufwendungen	46.299,93	40.000	50.000	50.000	50.000	50.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.433,89	2.321	1.688	1.688	1.688	1.688
= Ordentliche Aufwendungen	114.360,03	111.736	118.909	119.578	120.256	120.940
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-71.626,74	-71.736	-68.909	-69.578	-70.256	-70.940
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.891,88	8.877	8.473	8.468	8.568	8.661
= Ergebnis	-82.518,62	-80.613	-77.382	-78.046	-78.824	-79.601

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	42.858,18	40.000	75.000	0	75.000	75.000	75.000

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	42.858,18	40.000	75.000	0	75.000	75.000	75.000
- Personalauszahlungen	65.344,56	67.168	65.839	0	66.496	67.162	67.834
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	150	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	43.720,37	40.000	75.000	0	75.000	75.000	75.000
- Sonstige Auszahlungen	1.323,59	2.321	1.688	0	1.688	1.688	1.688
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	110.388,52	109.639	142.527	0	143.184	143.850	144.522
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-67.530,34	-69.639	-67.527	0	-68.184	-68.850	-69.522
= Saldo des Teilfinanzplanes	-67.530,34	-69.639	-67.527	0	-68.184	-68.850	-69.522
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	12,47	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12,47	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-12,47	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-67.542,81	-70.139	-67.927	0	-68.584	-69.250	-69.922

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,0	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Die Erträge beinhalten die Mittel aus der Ausgleichsabgabe, die in gleicher Höhe in die begleitenden Hilfen im Arbeitsleben fließen (s. Transferaufwendungen).

Bei der Planung des Leistungsumfangs wurde die Entwicklung des 1. Halbjahres 2010 und hier insbesondere die Erholung der Wirtschaft berücksichtigt. Bei den Präventions- und Kündigungsverfahren wird keine Steigerung, bei den begleitenden Hilfen eine erhöhte Nachfrage erwartet.

Kurzbeschreibung

Bezuschussung der Seniorenarbeit freier Träger; Koordination der Detmolder Seniorentage; finanzielle Förderung der im Rahmen der Wohlfahrtspflege tätigen Selbsthilfegruppen und Vereine; Gemeinwesenarbeit

Ziele

Förderung der aktiven Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, Förderung der Selbsthilfe, des Ehrenamtes und der sozialen Integration im Stadtgebiet, Sicherstellung der Verbraucherinformation und -beratung durch finanzielle Förderung

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Förderrichtlinien, vertragliche Vereinbarungen

Zielgruppe

Ältere Mitbürger/innen; Selbsthilfegruppen, Vereine, Verbände und Kirchen und damit Detmolder Bürger/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	0,68	0,68	0,67	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
geförderte Altenbegegnungsstätten	Anz.	24	24	24	-	-	-
geförderte Selbsthilfegruppen und Vereine	Anz.	26	34	27	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
durchschnittlicher Betriebsaufwand je geförderte Einrichtung / Jahr	€	1.252	1.129	1.232	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.588,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
= Ordentliche Erträge	4.588,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
- Personalaufwendungen	41.941,89	44.061	41.771	42.190	42.612	43.039
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.807,37	12.700	12.616	12.616	12.616	12.616
- Bilanzielle Abschreibungen	70,00	236	247	247	247	247
- Transferaufwendungen	52.583,55	25.300	22.505	22.505	65.155	111.405
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.904,09	13.558	13.706	13.046	13.046	13.046
= Ordentliche Aufwendungen	122.306,90	95.855	90.845	90.604	133.676	180.353
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-117.718,90	-93.855	-88.845	-88.604	-131.676	-178.353
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.480,72	20.821	20.645	20.865	21.201	21.527
= Ergebnis	-138.199,62	-114.676	-109.490	-109.469	-152.877	-199.880

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.588,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.588,00	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
- Personalauszahlungen	40.602,99	42.300	40.636	0	41.043	41.453	41.868
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.807,37	12.600	12.616	0	12.616	12.616	12.616
- Transferauszahlungen	137.298,21	142.800	140.505	0	141.005	141.005	141.005
- Sonstige Auszahlungen	12.618,79	13.558	13.706	0	13.046	13.046	13.046
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	205.327,36	211.258	207.463	0	207.710	208.120	208.535
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-200.739,36	-209.258	-205.463	0	-205.710	-206.120	-206.535
= Saldo des Teilfinanzplanes	-200.739,36	-209.258	-205.463	0	-205.710	-206.120	-206.535
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	12,00	500	400	0	400	400	400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12,00	500	400	0	400	400	400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-12,00	-500	-400	0	-400	-400	-400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-200.751,36	-209.758	-205.863	0	-206.110	-206.520	-206.935

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,0	0,5	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,0	-0,5	-0,4	0,0	-0,4	-0,4	-0,4

Erläuterungen

Grundlagen für die Förderung der Altenbegegnungsstätten und der Selbsthilfegruppen und Vereine sind die verschiedenen Richtlinien bzw. vertraglichen Vereinbarungen. Die sich aus den Verträgen ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten sind nur in den Transferauszahlungen abgebildet (s. Teilfinanzplan). Vertragliche Verbindungen bestehen mit der AWO, der Verbraucherzentrale, der Ev-ref. Kirchengemeinde Detmold West (Gemeinwesenarbeit Hiddeser Berg) sowie dem Haus der Kirche Herberhausen. Die Transferaufwendungen fallen im Verhältnis zum Ergebnis 2009 geringer aus, da der Zuschuss für das Haus der Kirche erst ab 2010 auf eine vertragliche Basis gestellt wurde. Ab 2013 laufen verschiedene Verträge aus, die Kosten für die Weiterführung sind in der Planung berücksichtigt.

Kurzbeschreibung

Prüfung, Vorbereitung und Durchführung einer geordneten Einreise, eines geordneten Aufenthaltes und einer geordneten Ausreise sowie Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet

Auftragsgrundlage

Zuwanderungsgesetz (Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz-EU, Asylverfahrensgesetz etc. inkl. Vorläufige Anwendungshinweise (VAH), Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung und andere Spezialgesetze sowie Dienstanweisungen des Innenministers

Zielgruppe

Ausländische Staatsangehörige und ihre Bezugspersonen (Familienangehörige und Arbeitgeber)

Politisches Gremium

Ausschuss für soziale Angelegenheiten

Stellen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Stellen	Anz.	5,12	5,78	5,15	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Entscheidung über den Aufenthaltsstatus und Einreiseanträge / Visa	Anz.	1.662	2.000	1.700	–	–	–
Gerichts- und Haftangelegenheiten	Anz.	117	100	120	–	–	–
Pass- und Passersatzpapier-Angelegenheiten	Anz.	401	300	350	–	–	–
Beratung und Entscheidung über Integrationskurs	Anz.	61	50	50	–	–	–
Ausländer/innen in Detmold	Anz.	4.504	4.450	4.400	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Anteil der Ausländer/innen an der Gesamtbevölkerung in Detmold	%	5,9	5,9	6,0	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang / Jahr	€	145	152	168	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.057,00	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	333,43	5.000	2.000	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	25,00	100	100	100	100	100
= Ordentliche Erträge	25.415,43	30.100	27.100	27.100	27.100	27.100
- Personalaufwendungen	245.634,26	301.677	292.438	295.362	298.315	301.298
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	765,47	200	400	400	400	400
- Bilanzielle Abschreibungen	1.584,00	1.335	1.346	1.346	1.346	1.346
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.819,37	16.627	14.346	14.346	14.346	14.346
= Ordentliche Aufwendungen	267.803,10	319.839	308.530	311.454	314.407	317.390
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-242.387,67	-289.739	-281.430	-284.354	-287.307	-290.290

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	57.106,93	53.099	65.689	65.600	66.399	67.151
= Ergebnis	-299.494,60	-342.838	-347.119	-349.954	-353.706	-357.441

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.127,00	25.000	25.000	0	25.000	25.000	25.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	117,00	5.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige Einzahlungen	25,00	100	100	0	100	100	100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	25.269,00	30.100	27.100	0	27.100	27.100	27.100
- Personalauszahlungen	216.908,67	273.443	257.568	0	260.144	262.745	265.372
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	765,47	200	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	19.963,20	16.627	14.346	0	14.346	14.346	14.346
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	237.637,34	290.270	271.914	0	274.490	277.091	279.718
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-212.368,34	-260.170	-244.814	0	-247.390	-249.991	-252.618
= Saldo des Teilfinanzplanes	-212.368,34	-260.170	-244.814	0	-247.390	-249.991	-252.618
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	123,36	400	800	0	800	800	800
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	123,36	400	800	0	800	800	800
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-123,36	-400	-800	0	-800	-800	-800
= Saldo des Teilfinanzplanes	-212.491,70	-260.570	-245.614	0	-248.190	-250.791	-253.418

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	VE 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1,6	0,0	0,1	0,4	0,8	0,0	0,8	0,8	0,8
Saldo Investitionstätigkeit	-1,6	0,0	-0,1	-0,4	-0,8	0,0	-0,8	-0,8	-0,8

Erläuterungen

Leistungsumfang

Die erwartete Zahl von ca. 1700 Entscheidungen über den Aufenthaltsstatus entspricht einem langjährigen Mittel unter Annahme des Fortbestehens eines leichten Abwärtstrends.

Die Zunahme bei den Gerichts- und Haftangelegenheiten ist auf die Zunahme der Verwaltungsstreitigkeiten nach Wegfall des Widerspruchsverfahrens zurückzuführen.

Die Planzahl bei den Pass- und Passersatzpapierangelegenheiten stellt einen Mittelwert der vergangenen Jahre dar. Ein Trend ist hier nicht erkennbar.

Im Bereich der Integrationskursberatung und -verpflichtung wird das Niveau voraussichtlich weiter leicht sinken oder maximal gleich bleiben. Das Gleiche gilt für die Ausländerzahlen.

Finanzdaten

Der Ansatz bei den Kostenerstattungen wurde für die Abschreibungskosten von 5.000 auf 2.000 Euro reduziert. In diesem Bereich ist keine gesicherte Planung möglich.

Bei der Finanzplanung ist darüber hinaus anzumerken, dass zum 01.05.2011 der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) eingeführt wird. Aktuell liegen noch keine gesicherten Erkenntnisse über die Auswirkungen vor, so dass dieser Umstand bei der Planung nicht berücksichtigt wurde. Nach ersten Einschätzungen werden sich durch erhöhte Forderungen der Bundesdruckerei Auswirkungen bei den Sachaufwendungen ergeben, ggfs. auch durch höhere Gebührensätze auf der Einnahmeseite.

Die Steigerung der Personalkosten zum Ergebnis 2009 beruht auf verschiedenen tariflichen Änderungen.